



BACHELORARBEIT

Frau
Svenja Dick

**Die Bemessungskriterien für
Schmerzensgeldansprüche bei
Persönlichkeitsverletzungen**

2015

BACHELORARBEIT

Die Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen

Autorin:
Frau Svenja Dick

Studiengang:
Business Management

Seminargruppe:
BM12wT2-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Prof. Dr. Martin Schimke

BACHELOR THESIS

The determination base for compensation for immaterial damage in case of infringe- ment of personality

author:

Ms. Svenja Dick

course of studies:

Business Management

seminar group:

BM12wT2-B

first examiner:

Prof. Kurt Ulrich Mayer

second examiner:

Prof. Dr. Martin Schimke

Bibliografische Angaben

Nachname, Vorname: Svenja Dick

Die Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche bei
Persönlichkeitsverletzungen

The determination base for compensation for immaterial damage in case of infringement of personality

50 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Abstract

Eine Geldentschädigung wegen Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in Print-Medien ist bereits an das Vorliegen konkreter Voraussetzungen gebunden. Bei einer Verletzung im Internet stellt sich die Frage, ob die Entschädigung generell höher zu bemessen ist. Neben den grundsätzlichen Voraussetzungen für immaterielle Geldentschädigung setzt sich diese Arbeit insbesondere mit der Fragestellung für Verletzungen im Internet auseinander.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis.....	VII
Abbildungsverzeichnis.....	VIII
1 Einleitung.....	1
1.1 Ziel der Arbeit	1
2 Das Persönlichkeitsrecht	2
2.1 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	2
2.2 Geschützte Rechtsgüter	3
2.3 Besondere Persönlichkeitsrechte	6
2.3.1 Das Recht am eigenen Bild	6
2.3.2 Das Namensrecht.....	8
2.3.3 Das Urheberpersönlichkeitsrecht	8
2.3.4 Datenschutz	9
2.4 Postmortaler Persönlichkeitsschutz.....	10
2.5 Rechtliche Einschränkungen des Persönlichkeitsschutzes	10
3 Schadensersatz.....	13
3.1 Schmerzensgeld	14
3.2 Funktionen von Schmerzensgeld	14
3.3 Tatbestandliche Voraussetzungen für Schmerzensgeld	15
4 Medien.....	19
4.1 Medientypen	20
4.1.1 Einzelmedien.....	20
4.1.2 Massenmedien	21
4.2 Printmedien.....	21
4.3 Ansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen in den Medien	22
4.3.1 Immaterielle Ansprüche.....	23
4.3.2 Materielle Ansprüche.....	25
4.4 Bekanntes Fallbeispiel von Persönlichkeitsverletzungen in den Printmedien	

5	Das Spannungsverhältnis zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht	29
5.1	Einführung	29
5.2	Pressefreiheit.....	29
5.2.1	Meinungsfreiheit.....	30
5.2.2	Informationsfreiheit.....	30
5.2.3	Zensurverbot	31
5.2.4	Rundfunk- und Filmfreiheit	32
5.3	Stellungnahme zur Vereinbarung von Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht	32
6	Internet.....	36
6.1	Begriffsdefinition	36
6.2	Die Dienste des Internets	36
6.3	Persönlichkeitsverletzungen im Internet.....	37
6.3.1	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	38
6.3.2	Das Recht der persönlichen Ehre	40
6.3.3	Das Recht am eigenen Bild	40
6.4	Voraussetzungen für immaterielle Ansprüche im Internet.....	41
6.5	Haftung im Internet	41
7	Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche.....	43
7.1	Vergleich Print Medien und Internet	43
7.2	Eigene Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche im Internet	44
7.2.1	Reichweite	45
7.2.2	Motive	45
7.2.3	Möglichkeiten	46
7.2.4	„Das Internet vergisst nie“	46
7.3	Lösungsansatz.....	47
8	Schlussbetrachtung	49
8.1	Fazit	49
8.2	Ausblick	50
	Literaturverzeichnis.....	XI
	Eigenständigkeitserklärung.....	XVI

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
Ärztl.	Ärztlich
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
Bspw.	Beispielsweise
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
Ges.	Gesetz
GG	Grundgesetz
GrundG.	Grundgesetz
Hpts.	Hauptsächlich
KunstUrhG	Kunsturhebergesetz
Mögl.	Möglich
Persönl.	Persönlich
TMG	Telemediengesetz
u.	und
u.a.	und andere
UrhG	Urhebergesetz

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1- Die tägliche Nutzung von Medien (Quelle: Statista.de)

1 Einleitung

Der Begriff Schmerzensgeld ist allgegenwärtig. Jeder hat vermutlich schon von jemandem gehört, der nach einem Autounfall Schmerzensgeld für ein Schleudertrauma, einen gebrochenen Arm oder eine Gehirnerschütterung bekommen hat. Ein Ausgleich für einen empfundenen Schmerz. Doch wie sieht es bei nicht körperlichen, sondern seelischen Verletzungen aus? Das allgemeine Persönlichkeitsrecht setzt sich genau mit diesem Thema auseinander. Es soll die Persönlichkeit, die Ehre und die Menschenwürde jedes Einzelnen schützen. Es regelt, wann mit einer Geldentschädigung zu rechnen ist und welche Ausnahmen und Besonderheiten es bei Persönlichkeitsverletzungen im Internet oder in den Medien gibt. Zusätzlich gibt es Besonderheiten beispielsweise bei Prominenten und Personen der Zeitgeschichte, die zu beachten sind.

Persönlichkeitsverletzungen treten besonders häufig in den Medien und im Internet auf. Bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen gibt es einige Voraussetzungen, wann Schmerzensgeld gezahlt wird. Diese Arbeit beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, welche Ansprüche einem Betroffenen zustehen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen und wie die Unterschiede zwischen Verletzungen in den Print-Medien und dem Internet aussehen. Durch das Internet lassen sich bestimmte Daten in Sekunden auf der ganzen Welt austauschen, kommentieren oder herunterladen. Muss auf Grund der großen Reichweite des Internets also das Schmerzensgeld höher bemessen werden als in den Printmedien oder gibt es andere Kriterien, die die Höhe des Anspruches definieren?

1.1 Ziel der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es, herauszufinden welche Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche geltend gemacht werden können und zu klären, wie die Rechtsgrundlagen bei schweren Persönlichkeitsverletzungen aussehen. Desweiteren muss geklärt werden, ob die Verletzungen der Persönlichkeitsrecht im Internet höher zu bemessen sind als die in Printmedien und warum. Dafür werden eigene Kriterien herausgearbeitet, die zeigen sollen, ob die Verletzungen im Internet höhere Ansprüche nach sich ziehen oder nicht.

2 Das Persönlichkeitsrecht

2.1 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht

„Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist als das Recht des Einzelnen zu definieren, das auf Achtung seiner Menschenwürde und seiner Individualität zielt.“¹

Der Begriff Persönlichkeit wird im Duden-Lexikon als eine „einmalige Prägung des Menschen“ bezeichnet, „der in freier Entscheidung sein Person-Sein verwirklicht, die Gesamtheit seiner Wesenszüge entfaltet, bestimmten Einfluss auf seine Umwelt nimmt u. Mitverantwortung für die Gemeinschaft spürt.“² Um diese Persönlichkeit eines jeden Menschen zu schützen, wird das Grundgesetz hinzugezogen. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht ist abgeleitet von Art. 1 Abs. 1 GG (Menschenwürde) und Art. 2 Abs. 1 GG (freie Entfaltung der Persönlichkeit), da es beide Grundrechte vereint.³

Schon 1954 war das Thema des Persönlichkeitsrechts allgegenwärtig, was sich in dem Fall eines Anwaltes zeigt. Er schrieb als Reaktion gegen das Reichsgericht einen Leserbrief an eine Zeitung, in dem er Gerechtigkeit für seinen Mandanten forderte. Dieser Anwalt klagte daraufhin gegen die Veröffentlichung seines Schreibens, da es seiner Meinung nach persönlichkeitsrechtverletzend sei. Der Bundesgerichtshof war der Meinung des klagenden Anwalts und bewertete die Veröffentlichung als verletzend an:

„ Nachdem nunmehr das Grundgesetz das Recht des Menschen auf Achtung seiner Würde (Art 1 GrundG) und das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit auch als privates von jedermann zu achtendes Recht anerkennt, soweit dieses Recht nicht die Rechte anderer verletzt oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt (Art 2 GrundG), muß das allgemeine Persönlichkeitsrecht als ein verfassungsmäßig gewährleistetes Grundrecht angesehen werden.“⁴

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist also ein uneingeschränktes Recht auf Achtung und freie Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Menschen. Das Recht soll sämtli-

¹ Hübner / Glotz / Pohlo / Henneberg / Tercier / Kötz / Schack [1988], S. 27

² Das große DUDEN-LEXIKON, [1969], Band 6, S. 336; Stichwort Persönlichkeit

³ vgl. Roepert [2010], S. 176

⁴ BGH I.ZS 25.5.1954, BGHZ 13, 334 (338) - Leserbrief

che Lebensbereiche eines Individuums schützen und gesellschaftlich anerkannte Rechte, wie beispielsweise das Recht auf Ehre, Leben und körperliche Unversehrtheit, sowie der Schutz der drei Sphären, bewahren.⁵ Das allgemeine Persönlichkeitsrecht wird in der Fachliteratur auch des Öfteren als sogenanntes Rahmenrecht bezeichnet. Das bedeutet, dass es nicht fest im Gesetz geschrieben steht, aber mit Hilfe von Erfahrungen und anhand eines bestimmten Sachverhaltes immer neu definiert und festgelegt wird.

Im Großen und Ganzen dient das Allgemeine Persönlichkeitsrecht dazu, dass jedes Individuum für sich selbst entscheiden kann, wie er sich gegenüber Anderen in der Öffentlichkeit verhält und. Ein Individuum soll selbst entscheiden, wie viel andere Menschen über sein Privatleben erfahren sollen und wie viel aus seiner Intim- und Privatsphäre preisgegeben wird. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht soll einerseits vor der Unwahrheit, andererseits aber auch den gesamten privaten Bereich vor der Öffentlichkeit schützen.

2.2 Geschützte Rechtsgüter

Durch das Allgemeine Persönlichkeitsrecht werden bestimmte Rechtsgüter besonders intensiv geschützt. Diese werden in der Fachliteratur auch Schutzbereiche⁶ des allgemeinen Persönlichkeitsrechts genannt. Die drei wichtigsten Schutzbereiche sind die Intimsphäre, die Privatsphäre und Sozialsphäre.

Im Folgenden wird jede Sphäre einzeln erläutert:

a) Intimsphäre

Als den schutzintensivsten ⁷ Bereich des Persönlichkeitsrechtes wird die Intimsphäre genannt. Um die Begrifflichkeit festzustellen wurde das Große Duden Lexikon hinzugezogen:

⁵ vgl. Hübner / Glotz / Pohlo / Henneberg / Tercier / Kötz / Schack [1988], S. 27

⁶ vgl. Roth [2006], S. 20 und Roepert [2010], S. 180

⁷ Roepert [2010], S. 180

„Intimsphäre, der persönl. Bereich im Leben des Menschen, dessen Grenzen er durch Sitte u. Ges. (Briefgeheimnis, ärztl. Schweigepflicht u.a.) geachtet u. geschützt sehen will.“⁸

Durch die Intimsphäre entsteht ein unantastbarer, besonders geschützter Bereich persönlicher Entfaltung.⁹ Die Intimsphäre ist der intimste und persönlichste Bereich eines Individuums und handelt von den inneren Gedanken und Gefühlen, inklusive dem sexuellen Bereich eines Menschen. Teile der Intimsphäre werden durch das GG abgedeckt und geschützt: das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art 2 Abs. 2: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit).¹⁰ Der Schutzbereich für Intimität kann von Mensch zu Mensch auf Grund seines Individuellen Verständnisses für Intimität variieren¹¹. So gibt es Menschen, die ganz öffentlich und ungezwungen über beispielsweise sexuelle Vorlieben und Aktivitäten berichten und andere, die ihre Gedanken lieber für sich behalten. So ist die Bemessungsgrenze der Intimsphäre nicht klar definiert und muss einen Handlungs- und Bemessungsspielraum bieten.

Auch in den Medien und deren Berichterstattung oder Veröffentlichungen ist das Thema Intimsphäre von großer Bedeutung. Natürlich sind die Medien besonders an der Veröffentlichung und Bekanntgabe ganz privater, intimer Details interessiert. Wie sich die Intimsphäre eines Menschen mit der Pressefreiheit vereinbaren lässt, wird im Laufe dieser Arbeit geklärt.

b) Privatsphäre

Die Privatsphäre soll den gesamten privaten Lebensbereich eines Individuums schützen. Dazu gehören zum Einen die Familie und sämtliche private Kontakte, zum Anderen der Aufenthaltsort, sowie den Wohnraum einer Person.¹² Man spricht von Privatsphäre, als ein „unantastbarer Bereich privater Lebensgestaltung“¹³, der dann verletzt wird, wenn es sich um „erzwungene, heimliche, durch Täuschung erschlichene,

⁸ Das große Duden- Lexikon [1969], Band 4, S. 400; Stichwort Intimsphäre

⁹ vgl. Kremer [2006], S. 459, 463, Roepert [2010], S. 181

¹⁰ Art 2 Abs. 2, Grundgesetz

¹¹ vgl. Roepert [2010], S. 181

¹² vgl. Wachs [2006], S. 14 und Roepert [2010], S. 186

¹³ Roth [2007], S. 25

das heißt unter grober Missachtung fremder Selbstbestimmung erlangte Informationen handelt.“¹⁴ Die Verwendung von persönlichen Informationen über eine Person selbst, oder über ihren Aufenthalts oder Wohnort ist ohne Einwilligung der betroffenen Person untersagt.¹⁵ Einschränkungen finden sich wieder bei Personen des öffentlichen Lebens, über die in Medien und dem Internet berichtet wird.

c) Sozialsphäre

Die Sozialsphäre schützt den Bereich eines Individuums, der in der Öffentlichkeit stattfindet. Dieser umfasst zum einen den beruflichen Bereich, zum anderen den Bereich des Vereinslebens und des täglichen sozialen Verhaltens außerhalb seiner Wohnung. Die Sozial-, oder auch Individualsphäre genannt schützt das „Selbstbestimmungsrecht und die persönliche Eigenheit des Menschen in seinem öffentlichen, beruflichen, wirtschaftlichen Wirken“. ¹⁶ In der Praxis bei Anwendung dieser Schutzgüter, ist es möglich, dass es zu einer Überschneidung der drei Rechtsgüter kommen kann. Es ist bei einigen Tatbeständen nicht klar abgrenzbar, um welches Rechtsgut es sich handelt.¹⁷

„ Davon unabhängig wird jedoch in jedem Fall festzustellen sein, daß, wann immer mehr als ein Schutzgut in Betracht kommt, eines der Schutzgüter als das führende anzusehen sein wird, so daß zumindest, trotz aller möglichen Überschneidungen, der einschlägige Schutzbereich immer zu benennen ist.“¹⁸

Dies stellt sicher, dass ein umfassendes, korrektes Urteil gefällt werden kann. Durch die drei Schutzbereiche lässt sich erkennen, dass jeder einzelne Bereich des menschlichen Lebens gesetzlich geschützt und gewahrt wird.

¹⁴ Roth [2007], S. 25 f.

¹⁵ vgl. Roth [2007], S. 25 und Roepert [2010], S. 186

¹⁶ BVerfG NJW 2000, 2040 ff.

¹⁷ vgl. Roepert [2010], S. 182 f.

¹⁸ Roepert [2010], S. 183

2.3 Besondere Persönlichkeitsrechte

Abgrenzend zu den allgemeinen Persönlichkeitsrechten wurden zusätzlich die besonderen Persönlichkeitsrechte entwickelt. Sie dienen, genau wie das APR zum Schutz der Persönlichkeit. Doch „nur gesetzlich festgelegte Schutzpositionen können als besondere Persönlichkeitsrechte angesprochen werden.“¹⁹ Dies bedeutet es gibt bei den besonderen Persönlichkeitsrechte klar definierte Gesetze, anhand dessen die gegebenen Tatbestände festgelegt und bewertet werden. Es gibt keine, wie bei dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht, Einzelfallentscheidungen.²⁰

Die vier besonderen Persönlichkeitsrechte werden im Folgenden genannt und erläutert:

2.3.1 Das Recht am eigenen Bild

Das Recht am eigenen Bild soll besonders in der heutigen Zeit vor unerlaubter Veröffentlichung des eigenen Bildes schützen. Dadurch entsteht ein „Selbstbestimmungsrecht über Veröffentlichung und Verbreitung von Bildnissen.“²¹ Gesetzlich geregelt ist das Recht am eigenen Bild durch die §§ 22 ff. KunstUrhG:

„Bildnisse dürfen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Die Einwilligung gilt im Zweifel als erteilt, wenn der Abgebildete dafür, daß er sich abbilden ließ, eine Entlohnung erhielt.“²²

Selbst zehn Jahre nach dem Tod einer Person gilt das Recht am eigenen Bild. Anderenfalls müssen die Hinterbliebenen über die Veröffentlichung entscheiden. § 23 des KunstUrhG jedoch, weist Ausnahmefälle und –gruppen auf, die von dem Recht am eigenen Bild ausgeschlossen werden:

¹⁹ Helle [1991], S. 38

²⁰ vgl. Helle [1991], S. 38 ff.

²¹ Roepert [2010], S. 195

²² § 22 KunstUrhG, Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

§ 23

(1) Ohne die nach § 22 erforderliche Einwilligung dürfen verbreitet und zur Schau gestellt werden:

1. Bildnisse aus dem Bereiche der Zeitgeschichte;
2. Bilder, auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen;
3. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben;
4. Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung oder Schaustellung einem höheren Interesse der Kunst dient.

Bei Bildnissen aus dem Bereiche der Zeitgeschichte, das heißt Bilder die auf Grund von besonderen Ereignissen der Vergangenheit als Informations- oder Anschauungsmaterial verwendet werden, benötigen keine Einwilligung der jeweiligen Person. Hiermit sind „Berühmtheiten“²³ gemeint, die auf Grund ihrer Vergangenheit und Handlungen eine Person der öffentlichen Lebens wurden. Auch ausgenommen von dem Recht am eigenen Bild sind Aufnahmen, die Personen nur am Rande eines Bildes zeigen und diese nicht im Fokus des Bildes stehen. Es ist möglich, wenn es keine Orte sind, an denen offensichtlich ist, dass sich die jeweilige Person der Öffentlichkeit entziehen wollte.²⁴

Auch bei Versammlungen muss eine Person damit rechnen, eventuell auf Aufnahmen sichtbar zu sein.²⁵ Besonders in der heutigen Zeit, mit den unzähligen technischen Möglichkeiten, Aufnahmen und Fotos schnell und einfach zu veröffentlichen sind diese Einschränkungen und das Recht am eigenen Bild von hoher Bedeutung. Wie sich das

²³ Roth [2007], S. 18

²⁴ vgl. Roth [2007], S. 18

²⁵ vgl. Roepert [2010], S. 194 ff.

Internet und die Medien mit diesem Gesetz vereinbaren lassen wird im Laufe dieser Arbeit geklärt werden.

2.3.2 Das Namensrecht

Neben dem Recht am eigenen Bild gehört auch das Namensrecht zu den besonderen Persönlichkeitsrechten. Niedergeschrieben ist das Namensrecht in § 12 BGB. „Geschützt sind der bürgerliche Name der natürlichen Person ebenso wie der Berufs- und Künstlername.“²⁶ Der Name einer Person soll identifizierbar sein. Wird der Name von jemand anderem missbraucht oder öffentlich beleidigt hat dieser gegen den § 12 BGB verstoßen und muss mit Konsequenzen rechnen.²⁷ Auch beim Namensschutzgesetz ist das „Gefahrenpotential“²⁸ im Internet und in den Medien viel höher. Dadurch, dass keine Identifikationsmaßnahmen getroffen werden, kann jeder über einen fremden Namen Dinge veröffentlichen. In Deutschland gilt das Namensrecht, damit jede Person mit einem Vor- und Zunamen genau identifiziert werden kann.²⁹

2.3.3 Das Urheberpersönlichkeitsrecht

Das Urheberpersönlichkeitsrecht findet sich in den §§ 11 bis 14 des UrhG. Es „schützt [...] die Interessen des Schöpfers an seinem Werk“³⁰ Inhalt dieses Gesetzes ist, dass der Urheber eines Werkes frei über die Veröffentlichung bestimmen darf.³¹ Da das Urheberpersönlichkeitsrecht weniger mit dem Thema dieser Arbeit zu tun hat, wurde in diesem Abschnitt lediglich der Begriff zur Vollständigkeit der besonderen Persönlichkeitsrechte geklärt.

²⁶ Roth [2007], S. 19

²⁷ vgl. §12 BGB

²⁸ Roth [2007], S. 20

²⁹ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stichwort: Namensrecht

³⁰ Roth [2007], S. 20

³¹ vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Urheberpersönlichkeitsrecht

2.3.4 Datenschutz

Der Datenschutz soll, wie der Name schon sagt, personenbezogene Daten eines Individuums schützen.³² Grundsätzlich ist dieser Schutz ein Grundrecht, das ebenso wie das Persönlichkeitsrecht aus den Artikeln 1 und 2 des GG hergeleitet wurde. Es wird das Recht auf informationelle Selbstbestimmung genannt und bedeutet, dass jeder frei über die Bekanntgabe und Veröffentlichung persönlicher Daten bestimmen kann.³³ Zusätzlich wird das Thema Datenschutz im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) behandelt. § 3 des BDSG beinhaltet bestimmte Begriffsdefinitionen im Zusammenhang mit Datenschutz. Im Gesetzestext werden die Begriffe Erheben, Verarbeiten und Nutzen definiert:³⁴

§3 Abs. 3 Erheben = Beschaffen von Daten über den Betroffenen.

§3 Abs. 4 Verarbeiten = das Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren und Löschen personenbezogener Daten

§3 Abs. 5 Nutzen = jede Verwendung personenbezogener Daten, soweit es sich nicht um Verarbeitung handelt

Somit ist jede Art der Nutzung von persönlichen Daten gesetzlich festgelegt, definiert und folglich strafbar.

Durch das Internet ist der Schutz persönlicher Daten schwieriger geworden und ein „neues Gefahrenpotential“³⁵ für den Datenschutz hat sich entwickelt.³⁶ Wie sich Benutzer des Internets besser schützen können und Gefahren vermeiden können und welche Ansprüche sie bei Verletzungen des Datenschutzes haben wird in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit erläutert.

³² vgl. Roth [2007], S. 21

³³ vgl. Grundrechtsschutz, Stichwort: Recht auf informationelle Selbstbestimmung

³⁴ § 3 BDSG, weitere Begriffsbestimmungen

³⁵ Roth [2007], S. 21

³⁶ vgl. Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

2.4 Postmortaler Persönlichkeitsschutz

Das postmortale Persönlichkeitsrecht regelt das Bestehen des Persönlichkeitsrechts auch über den Tod hinaus - post mortem.³⁷ Unter diesen Schutz fallen insbesondere das Recht am eigenen Bild, das Namensrecht und das Urheberrechtsgesetz.

Ein bekanntes, stark umstrittenes Beispiel ist die Veröffentlichung von Klaus Kinskis Krankenakten. Nach seinem Tod 1991 veröffentlichte die Nervenklinik, in der er drei Tage lang Patient war, die Akten mehrerer Patienten, darunter auch die Klaus Kinskis. Sein Sohn klagte gegen diese Entscheidung und forderte Schutz für die Rechte seines verstorbenen Vaters. Vor Gericht bekam Kinski Recht, und es wurde eine Lösung gefunden, wie der weitere Umgang mit der Akte ablaufen soll.³⁸

2.5 Rechtliche Einschränkungen des Persönlichkeitsschutzes

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht steht immer in Konkurrenz zu anderen Interessen, beispielsweise der Pressefreiheit oder den allgemeinen Informationsinteressen. Aus diesem Grund muss der Schutz der Persönlichkeit rechtlich eingeschränkt werden. Das Thema Pressefreiheit und allgemeines Informationsinteresse wird in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben. Zunächst wird beschrieben, inwiefern der Persönlichkeitsschutz eingeschränkt werden kann:

a) Verwirkung

Im deutschen Recht gilt die Regel: Wer sein Privatleben freiwillig öffentlich macht, steht nicht mehr länger unter dem Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.³⁹ Diese Einschränkung bezieht sich häufig auf Prominente, die große Teile ihres Lebens über

³⁷ lateinisch für „nach dem Tod“

³⁸ vgl. Berliner Morgenpost [2009]

³⁹ vgl. Brömmekamp [1997], S. 136

das Internet, in Interviews oder Fernsehreportagen preisgeben. Oft passiert dies bei „Showgrößen, die sich zu Publicity-Zwecken öffentlich produzieren.“⁴⁰ In solchen klaren Fällen entfällt der Anspruch auf den Schutz der Persönlichkeit und der Privatsphäre.

b) Personen der Zeitgeschichte

Auch bei Personen der Zeitgeschichte macht das allgemeine Persönlichkeitsrecht eine Ausnahme. § 23 KUG legt genau diese Schranken des Rechts am eigenen Bild fest. Es besagt, dass auch ohne Einwilligung Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte verbreitet und zur Schau gestellt werden dürfen. Ein bekannter Meinungsstreit ergibt sich jedoch häufig bei diesem Thema. Unterschieden wird im Sinne von absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte. Die absoluten Personen sind Personen, die allgemein öffentliche Aufmerksamkeit finden, unabhängig von „bestimmten zeitgeschichtlichen Ereignissen.“⁴¹ Es entsteht ein absolutes Interesse der Öffentlichkeit an Informationen. Darum sind Bilder mit dieser Person ein Bildnis der Zeitgeschichte und ohne Einwilligung zu veröffentlichen. Absolute Personen der Zeitgeschichte konnten bekannte Politiker, Wissenschaftler, Schauspieler, Künstler, Erfinder, Wirtschaftsführer und Angehörige von regierenden Fürstenhäusern sein.⁴² Im Gegensatz dazu stehen die relativen Personen der Zeitgeschichte. Diese weckt, anders als die absolute Person, nur vorübergehendes Interesse der Öffentlichkeit. Der wesentliche und wichtige Unterschied liegt darin, dass dieses Interesse weniger mit der Person selbst, sondern eher mit bestimmten Ereignissen aus der Vergangenheit zu tun hat.⁴³ Der zuvor erwähnte Meinungsstreit findet sich oft in der Entscheidung wieder, ob die betroffene Person nun eine absolute oder relative Person der Zeitgeschichte sei, da die Grenzen nicht klar definiert sind. Hier muss für jeden Fall einzeln entschieden werden, wie das Interesse der Öffentlichkeit sich gegenüber der Person verhält. Dieses Streitthema setzte sich in einem bestimmten Fall sogar zwischen deutschen Gerichten und dem europäischen Gerichtshof fort. Der wohl bekannteste Fall zu diesem Streitpunkt ist das „Caroline-Urteil“.⁴⁴ Die Boulevardpresse veröffentlichte häufig Fotos und Berichte, über Caroline von Hannover (damals Caroline von Monaco) Privatleben. Caroline ging mit ihrem Anwalt gegen die ständige Verletzung ihrer Privatsphäre vor, der Fall zog sich durch alle Instanzen, bis hin zum Bundesgerichtshof, dem Bundesverfassungsgericht

⁴⁰ Brömmekamp [1997], S. 136

⁴¹ Wüllrich [2006], S. 143

⁴² vgl. Trautmann [2005], o.S.

⁴³ vgl. Wüllrich [2006], S. 144 f.

⁴⁴ Strothmann [2004], o.S.

und schließlich dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Im Jahre 2004 fällte der EGMR dann das Urteil:

„Außerdem hat die Öffentlichkeit dem Gerichtshof zufolge kein legitimes Interesse daran zu erfahren, wo die Beschwerdeführerin sich aufhält und wie sie sich allgemein in ihrem Privatleben verhält, selbst wenn sie sich an Orte begibt, die nicht immer als abgeschieden bezeichnet werden können, auch wenn sie eine bekannte Persönlichkeit ist. Und selbst wenn ein solches Interesse der Öffentlichkeit bestünde, ebenso wie ein kommerzielles Interesse der Zeitschriften an der Veröffentlichung von Fotos und Artikeln, so haben diese Interessen nach Auffassung des Gerichtshofs im vorliegenden Fall hinter dem Recht der Beschwerdeführerin auf wirksamen Schutz ihres Privatlebens zurückzutreten.“⁴⁵

Diese Entscheidung hat die Möglichkeiten der europäischen Presse immens eingeschränkt, was die Berichterstattung über das Privatleben von Prominenten angeht. Pauschal kann man also nicht entscheiden, welche Personen genau unter die absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte fallen. Das Caroline-Urteil hat jedoch einen Denkanstoß gegeben, dass das Persönlichkeitsrecht nicht automatisch wegfällt, wenn man es mit einer prominenten Persönlichkeit zu tun hat.

⁴⁵ Entscheidung des EGMR vom 24. Juni 2004, Aktenzeichen 59320/00, Abs. 77 - Schlussfolgerung

3 Schadensersatz

Im Duden wird der Begriff Schadensersatz wie folgt definiert:

„Plicht zum Ersatz des Schadens, ist hpts. aus schuldhafter, unerlaubter Handlung oder aus der Beeinträchtigung eines Anspruches gegründet; sie besteht in der Herstellung des Zustandes, der ohne das schadenstiftende Ereignis bestehen würde. Ist dies nicht oder nur bei unverhältnismäßigem Aufwand mögl., erfolgt Ersatz in Geld.“⁴⁶

Der Begriff Schadensersatz setzt sich aus den Wörtern Schaden und Ersatz zusammen. Im Folgenden werden die beiden Begrifflichkeiten definiert, geklärt wie der zu leistende Ausgleich aussieht und wer dazu verpflichtet ist, ihn zu leisten.

Ein Schaden wird rechtlich als „Verschlechterung eines Rechtsgutes“⁴⁷ definiert. Als Rechtsgut bezeichnet man jedes menschliche Interesse, das rechtlich geschützt ist, beispielsweise die Menschenwürde, Ehre, körperliche Unversehrtheit und das Eigentum eines Einzelnen. Diese sind im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt und geschützt. Schadensersatz muss dann geleistet werden, „wenn durch schuldhafte Verletzung eines Rechts Schaden entstanden und dieser somit zu ersetzen ist.“⁴⁸ Schadensersatz wird in finanzieller Form geleistet, um den Schaden auszugleichen oder zu ersetzen. Rechtlich festgelegt ist der Schadensersatz im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), §280. Verpflichtet, den Schadensersatz zu leisten, ist derjenige, der den Schaden verursacht hat. Diese Arbeit beschäftigt sich besonders mit der Frage nach den Ansprüchen bei Persönlichkeitsverletzungen im Internet und in Printmedien. So muss auch der Begriff an das Thema der Arbeit angepasst und definiert werden. Schadenersatz bei Verletzungen in den Medien wird meist nur bei den besonderen Persönlichkeitsrechten, wie dem Recht am eigenen Bild oder dem Urheberrecht angewandt. Eine Abgrenzung zu dem Begriff Schadensersatz ist der Begriff Schmerzensgeld:

⁴⁶ Das große Duden- Lexikon [1969], Band 7, S. 121; Stichwort Schadensersatz

⁴⁷ Jurafrom Lexikon, Stichwort: Schadensersatz

⁴⁸ Jurafrom Lexikon, Stichwort: Schadensersatz

3.1 Schmerzensgeld

Schmerzensgeld ist eine andere Form des Schadensersatzes. Schadensersatz wird nur bei materiellen Schäden beansprucht, wohingegen Schmerzensgeld bei immateriellen Schäden geleistet werden muss.⁴⁹ Es handelt sich um eine finanzielle Entschädigung „für die Verletzung persönlicher Rechtsgüter, wie Körper, Gesundheit u.a.“⁵⁰ Es muss sich um einen Schaden handeln, der nicht durch das Ersetzen oder einen Neukauf wieder gut gemacht wird. Die Verletzung persönlicher Rechtsgüter kann durch Pflichtverletzungen, oder unerlaubte Handlungen entstehen.⁵¹ Die Höhe des zu zahlenden Schmerzensgeldes ist nicht klar definiert und kann von Fall zu Fall variieren. Gesetzlich festgelegt ist der Anspruch in § 253 BGB. „Immaterieller Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, kann Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden.“⁵² Da der Begriff vor Gericht schwer abzugrenzen und damit anzuwenden ist, wurde dieser eingeschränkt. Es muss sich, laut Bundesverfassungsgericht, um eine besonders schwere Persönlichkeitsverletzung handeln.⁵³ „Die Genugtuung im Schmerzensgeld ist geschuldet, wenn es sich entweder um eine schwere Verletzung der Persönlichkeitssphäre handelt oder die zwar leichtere persönliche Unbill auf besonders schwerem Verschulden beruht.“⁵⁴

3.2 Funktionen von Schmerzensgeld

Der Sinn des Schmerzensgeldes ist die „Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion“⁵⁵ für erlittene Schmerzen. Auch wenn psychische Schmerzen durch Verletzungen der Persönlichkeit weniger mit Geld wieder gut gemacht werden können, gilt die Regelung der Schmerzensgeldansprüche. Der verursachte Schaden soll durch das Geld ausgeglichen werden und als Genugtuung des Opfers gelten. Bei Schadensersatzansprüchen

⁴⁹ vgl. Juraforum Lexikon, Stichwort: Schadensersatz

⁵⁰ Wirtschaftslexikon; Stichwort: Schmerzensgeld

⁵¹ Wirtschaftslexikon; Stichwort: Schmerzensgeld

⁵² § 253 Abs. 1 BGB

⁵³ vgl. Deutsch [1993], S. 238

⁵⁴ Deutsch [1993], S. 238

⁵⁵ BGHZ GrZs 18, 149 und vgl. Deutsch [1993], S. 231

ist der Sinn unschwer zu erkennen: Ein Schaden soll durch den Geldwert ausgeglichen werden. Bei Fällen mit Persönlichkeitsverletzungen, besonders im Internet und in den Printmedien, ist die Bemessungsgrenze breit gefächert und wird von Fall zu Fall unterschiedlich bemessen. Wie hoch muss der Geldbetrag sein, um einen schweren psychischen Schaden auf Grund von Persönlichkeitsverletzungen auszugleichen oder wieder gut zu machen? Hier stoßen auch Gerichte an ihre Grenzen und auch die Literatur kann keine einheitliche Antwort auf diese Frage liefern. Über den Sinn des Schmerzensgeldes sind sich die Autoren und Kritiker einig, es soll Schaden und Leiden finanziell ausgleichen.

3.3 Tatbestandliche Voraussetzungen für Schmerzensgeld

Um zu prüfen, ob es sich tatsächlich um einen Fall von Persönlichkeitsverletzung handelt, und Schmerzensgeld gezahlt werden muss, werden zunächst die tatbestandlichen Voraussetzungen geprüft. Überwiegend im Bereich der Persönlichkeitsverletzungen in den Medien gibt es besondere Vorgehensweisen. Laut eines Berliner Anwalts, der sich mit Medienrecht intensiv befasst, müssen immer folgende Voraussetzungen für Schmerzensgeld erfüllt sein:

a) Schwere Persönlichkeitsverletzung

Damit es sich um einen Tatbestand mit der Zahlung von Schmerzensgeld handelt, muss es sich immer um einen besonders schweren Fall der Persönlichkeitsrechtsverletzung handeln. Da es in der Literatur und in der Gesetzgebung ein ewiges Streitthema bleibt, wann es sich genau um eine schwere Persönlichkeitsverletzung handelt, muss von Fall zu Fall neu entschieden werden. Verschiedene Bemessungskriterien können jedoch bei der Entscheidung helfen. Um die Schwere der Persönlichkeitsverletzung definieren zu können, wird zunächst das Hauptaugenmerk auf die Art und Intensität, besonders aber auf die „Nachhaltigkeit der Rufschädigung“⁵⁶ gelegt. Entsteht für den Betroffenen ein zukünftiger Nachteil oder ist es nur von besonders kurzer Dauer? Diese Frage muss geklärt werden um festzustellen, ob es sich um eine besonders schwere Persönlichkeitsverletzung handelt.

⁵⁶ Damm / Kuner [1991], S. 176

Des Weiteren muss herausgefunden werden, „welchen Anlass und welche Motive“⁵⁷ die Berichterstattung hatte und um welchen „konkreten Inhalt“⁵⁸ es sich handelte.

*„Die Verletzung der Intimsphäre, die unzutreffende Darstellung, Straftaten begangen zu haben, die Erfüllung deliktsrechtlicher Tatbestände wie denjenigen der üblen Nachrede oder die Verbreitung desavouierenden Bildern, insbesondere Aktbildaufnahmen, stellen in der Regel schwere Fälle der Persönlichkeitsrechtsverletzung dar.“*⁵⁹

Dieses Zitat gilt als Richtlinie, um eine ungefähre Vorstellung davon zu bekommen, wann es sich laut Literatur um eine schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte handelt. Jedoch kann nicht pauschal für jeden Fall entschieden werden, ob eine Zahlung von Schmerzensgeld als billig erscheint. Die Zahlung von Schmerzensgeld im Falle einer Persönlichkeitsrechtsverletzung ist nicht zu vergleichen mit der Zahlung von Schmerzensgeld bei einem gebrochenen Arm oder einem Schleudertrauma nach einem Verkehrsunfall. Alle gesammelten Informationen müssen ausgewertet werden, erst dann kann für einen bestimmten Fall ein Urteil gesprochen werden.

b) Verschulden

Auch § 823 BGB gibt vor, wann Schmerzensgeldansprüche entstehen. Auch bei Persönlichkeitsverletzungen in den Medien findet dieser Paragraph Geltung. Dort wird festgelegt, dass vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln unzulässig ist. Die Persönlichkeitsverletzung muss also vorsätzlich, extra und mit dem vollen Wissen der entstehenden Folgen geschehen. Gleichgestellt wird auch die grobe Fahrlässigkeit, bei der die erforderliche Vorsicht und Sorgfalt nicht geachtet wurde. Um den Grad der Verschuldung in den Medien bemessen und beurteilen zu können, wird die Einhaltung der Sorgfaltspflicht der Presse erörtert. Diese stellt bestimmte Anforderungen an die Presse und sind als medienrechtlicher Grundsatz verankert:⁶⁰

⁵⁷ Böhm, Andreas [2015], o.S.

⁵⁸ Böhm, Andreas [2015], o.S.

⁵⁹ Damm / Kuner [1991], S. 176

⁶⁰ vgl. Böhm, Andreas [2015], o.S.

*„Die Presse hat alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit, Inhalt und Herkunft zu prüfen [...]“*⁶¹

Dies bedeutet, dass keine Nachricht oder Berichterstattung veröffentlicht werden darf, solange diese nicht inhaltlich auf Wahrheit und Herkunft geprüft wurde. Ein typischer Fall, bei dem das Verschulden der Presse eine Zubilligung von Schmerzensgeld voraussetzt, wäre laut dem Anwalt Böhm, wenn ein Journalist vor der Veröffentlichung einer Berichterstattung auf die Unzulässigkeit hingewiesen wurde und diese dennoch veröffentlicht wurde.

Ein klares Beispiel für ein offensichtliches Verschulden seitens der Presse sind Paparazzi Fotos, die in Zeitschriften häufig veröffentlicht werden. Handelt es sich um Fotos im privaten Raum oder Aufnahmen, die in persönlichen oder gar intimen Situationen entstanden sind, ist zu vermuten, dass die Personen der Veröffentlichung nie zugestimmt haben.⁶² Eine zu beachtende Grenze findet man in § 254 BGB, in der es um das Mitverschulden des Geschädigten geht. In diesem Fall kann der Anspruch entweder komplett wegfallen oder die Höhe des Schmerzensgeldes gemindert werden.⁶³

c) Keine andere Kompensation

Voraussetzung für Ansprüche auf Schmerzensgeld ist, dass es keine andere Kompensation für den entstandenen Schaden gibt, das heißt er hat ausschließlich „subsidiären Charakter“.⁶⁴ Das Schmerzensgeld gilt als Ausgleich für seelische Schmerzen und Verletzungen und kann somit nur bei allen gegebenen Voraussetzungen gezahlt werden. Es dürfen keine anderen „presserechtlichen Ansprüche“⁶⁵ geleistet werden (bspw. Unterlassung, Gegendarstellung, Berichtigung). Wenn zum Beispiel der Berichtigungsanspruch geltend gemacht wurde, gibt es kein Erfordernis auf Schmerzensgeld zu klagen. Das Selbe gilt bei öffentlichen Entschuldigungserklärungen und freiwilligen

⁶¹ § 6 Sorgfaltspflicht der Presse, Landespressegesetz Baden-Württemberg

⁶² vgl. Höning [2012], S. 217

⁶³ vgl. § 254 und Damm/Kuner [1991], S. 179

⁶⁴ Damm/Kuner [1991], S. 179

⁶⁵ Böhm, Andreas [2015], o.S.

Richtigstellungen.⁶⁶ Schwieriger wird diese Regelung bei Verletzungen des Rechts am eigenen Bild, da hier keine Berichtigung oder Gegendarstellung Sinn machen würde.

⁶⁶ vgl. Böhm, Andreas [2015], o.S.

4 Medien

Der Begriff „Medien“ kommt aus dem lateinischen und bedeutet wörtlich übersetzt schlicht Mittel.⁶⁷ Medien werden als „Instrumente, mit denen Informationen zwischen Sender und Empfänger ausgetauscht werden können“⁶⁸ bezeichnet. Man kann es als Kommunikationsmittel bezeichnen, mit dem Menschen tagtäglich in Berührung kommen. Unterscheiden kann man zwischen Printmedien, elektronischen Medien und audiovisuelle Medien. Printmedien sind gedruckte Medien, beispielsweise Tageszeitungen oder Zeitschriften. Als elektronische Medien wird hauptsächlich das Internet bezeichnet und audiovisuelle Medien senden Schallwellen oder Bilder, wie zum Beispiel der Fernseher oder das Radio.⁶⁹ Täglich kommt man mit einer Vielzahl von verschiedensten Medien in Berührung. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat eine Befragung mit 729 Teilnehmern durchgeführt und wollte wissen, wie viel Zeit die Menschen täglich mit Medien verbringen. Unterschieden wurden bei dieser Befragung zwischen Fernseher, Radio, Internet, Tageszeitung, Zeitschrift, Büchern und Hörbüchern.

In dieser folgenden Statistik lässt sich erkennen, dass durchschnittlich bis zu 173 Minuten pro Tag, also knapp drei Stunden in nur ein Medium, den Fernseher, investiert wird. Kurz dahinter steht das Radio, das am Tag 167 Minuten eingeschaltet ist. Außerdem wurde von den Befragten angegeben, 148 Minuten täglich im Internet zu verbringen. An dieser Statistik ist zu erkennen, wie viel Zeit ein durchschnittlicher Mensch den Medien ausgesetzt ist. Die Nutzung von Medien hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und das Leben vermutlich erleichtert. Nicht zu vergessen sind jedoch auch die Gefahren, die hinter der Nutzung von Medien und Internet stehen und was man bei der Veröffentlichung von Bildern und Texten in den Medien beachten muss.

⁶⁷ vgl. Meyen [o.J.], o.S.

⁶⁸ Medienlexikon, Stichwort: Medien

⁶⁹ vgl. Medienlexikon, Stichwort Medien



Abbildung 2- Die tägliche Nutzung von Medien (Quelle: Statista.de)

4.1 Medientypen

4.1.1 Einzelmedien

Unterschieden werden muss zwischen den Begriffen Einzelmedien und Massenmedien. Jedoch wird der Fokus auf die Massenmedien gelegt, da der Begriff der Einzelmedien für diese Arbeit kaum relevant erscheint. Wie der Name „Medien“ schon sagt, und wie vorab schon beschrieben sind Medien dazu da, Informationen zwischen Sender und Empfänger auszutauschen. Bei den Einzelmedien handelt es sich um nur einen Empfänger, beispielsweise um den Empfänger eines Briefes, einer Einzelschrift oder limitierter Sonderdrucke.⁷⁰ Es sind die Medien gemeint, „die eine Kommunikation oder eine Übermittlung von konkretisierten Inhalten jedweder Art zwischen zwei Personen oder einem klar bestimmten und anzahlmäßig äußerst begrenzten Personenkreis ermöglichen“.⁷¹

⁷⁰ vgl. Roepert [2007], S. 6

⁷¹ vgl. Roepert [2007], S. 6

4.1.2 Massenmedien

Im Gegensatz zu den zuvor beschriebenen Einzelmedien stehen die Massenmedien. Mit diesem Medientyp kommt jeder Mensch täglich, freiwillig und unfreiwillig, in Berührung. Sucht man nach einer passenden Definition für Massenmedien, trifft man auf die wohl bekannteste:

*"Unter Massenkommunikation verstehen wir jene Form der Kommunikation in der Aussagen öffentlich, durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt werden"*⁷²

Einfacher gesagt sind Massenmedien technische Mittel zur Verbreitung von Information an eine breite Masse.⁷³ Bestimmte Informationen werden über die Medien an eine große Masse, die sich räumlich und/oder zeitlich vom Sender getrennt befindet, verbreitet. Da Jeder berechtigt ist, diese Informationen zu erhalten und die Informationen für jeden bestimmt sind, spricht man von Massenmedien. Als Massenmedien werden Zeitungen und Zeitschriften, das Radio, das Fernsehen und das Internet eingestuft.⁷⁴

4.2 Printmedien

Die deutschen Medien werden in drei große Bereiche aufgeteilt: Printmedien, Rundfunk und Internet.⁷⁵ Von Bedeutung sind für diese Arbeit die Printmedien, welche in den folgenden Seiten beschrieben werden und das Internet. Dieses Thema wird in den folgenden Kapiteln behandelt werden. Zunächst wird der Fokus auf die Definition und Klärung des Begriffes Printmedien gelegt und von anderen Begriffen abgegrenzt.

Der Begriff Printmedien setzt sich aus den beiden Wörtern Print und Medien zusammen. Bei dem Wort handelt sich um einen Anglizismus. Das richtige deutsche Wort dafür ist „Druckmedien“, welches jedoch nicht die gängige Bezeichnung in Deutschland ist.

Was Medien sind wurde zuvor schon geklärt und als Kommunikationsmittel zur Verbreitung von Informationen bezeichnet. Printmedien meint in diesem Zusammenhang

⁷² Maletzke [1963], S. 32

⁷³ vgl. Springer Gabler Verlag, o.S.

⁷⁴ vgl. Roepert [2007], S. 7

⁷⁵ vgl. Roepert [2007], S. 7

„alle auf Papier gedruckten Medien.“⁷⁶ Unter diesen Begriff fallen Zeitungen, Zeitschriften, das klassische Buch, Flugblätter, Kataloge oder Anzeigenblätter und viele mehr.⁷⁷ Im Grunde spricht man von Printmedien, bei jeder gedruckten oder geschriebenen Veröffentlichung von Informationen, die an eine breite Masse von Rezipienten gerichtet ist. In Deutschland findet sich eine Vielzahl von Verlagen, die Printmedien veröffentlichen. Zur Vollständigkeit wird es bevorzugt, die größten Verlage zu nennen. Dazu gehören die Bertelsmann AG, eines der größten Unternehmen im Bereich der Medien. Weitere wichtige Verlage sind die Gruner + Jahr AG und der Axel Springer Verlag.⁷⁸ Das Drucken von Printmedien bietet eine Übergabe an eine Vielzahl von anonymen Lesern und Empfängern. Des weiteren stellt sich ein Vorteil von Printmedien heraus. Es wird geschrieben, dass „aufgrund der Verkörperung der Information diese [...] prinzipiell von einer unbegrenzten Personenanzahl und nicht nur vom ersten Rezipienten wahrgenommen werden konnte.“⁷⁹ Diese Grundlage setzt eine besondere Handhabung der Gesetze voraus, da private Informationen schnell und einfach an eine große Menge von Personen verbreitet werden können. Im folgenden Abschnitt wird genauer geklärt, welche Möglichkeiten es gibt, das allgemeine Persönlichkeitsrecht durch die Medien zu verletzen und welche Ansprüche ein Betroffener hat.

4.3 Ansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen in den Medien

Werden die in Kapitel 1 erläuterten Persönlichkeitsrechte auf bestimmte Art und Weise verletzt und nicht geachtet, gibt es für den Geschädigten verschiedene Ansprüche auf Entschädigung. Welche genauen Ansprüche den Geschädigten erwarten, entscheidet von Fall zu Fall ein Gericht. In der Literatur und den Gesetzestexten sind jedoch verschiedene Ansprüche festgehalten, die bei Persönlichkeitsverletzungen angewendet werden. Unterschieden wird zwischen immateriellen und materiellen Ansprüchen. Hierzu ist zu sagen, dass diese Ansprüche nur bei Verletzungen der Rechte durch die Medien gelten. Bei Verletzungen durch das Internet gibt es eigene Ansprüche und Voraussetzungen, die im weiteren Verlauf der Arbeit ebenso behandelt werden.

⁷⁶ Gabler Wirtschaftslexikon[o.J.] Stichwort: Printmedien

⁷⁷ vgl. Roepert [2007], S. 9 f.

⁷⁸ vgl. Institut für Medien- und Kommunikationspolitik, Ranking - Die 100 größten Medienkonzerne 2015

⁷⁹ Roepert [2007], S. 9

Der Anspruch auf Schadensersatz, ob materiell oder immateriell, ist im §823 BGB festgelegt. Dieser besagt, dass jeder der vorsätzlich oder fahrlässig ein geschütztes Recht eines anderen verletzt, zu einem Schadensersatz verpflichtet ist.

Die Entscheidung, ob es sich um einen immateriellen oder materiellen Anspruch handelt, wird durch den anfänglichen Zustand bemessen. Kann dieser vorherige Zustand durch die immateriellen Ansprüche wieder erreicht werden, ist es ausreichend, von den immateriellen Ansprüchen Gebrauch zu machen. Handelt es sich jedoch um eine schwere Persönlichkeitsverletzung, so werden die materiellen Ansprüche in Kraft treten.

4.3.1 Immaterielle Ansprüche

Immaterielle Ansprüche sind, wie der Name schon sagt, Ansprüche ohne finanziellen Ausgleich. Der entstandene Schaden soll nicht nur durch Geld wieder gut gemacht werden. Vielmehr ist das Ziel dieser Ansprüche, den entstandenen Schaden zu regulieren. Man unterscheidet zwischen drei Möglichkeiten der immateriellen Ansprüche:

a) Unterlassung

Einer dieser immateriellen Ansprüche ist der Unterlassungsanspruch. Gesetzlich festgelegt ist er in § 1004, BGB: „[...] so kann der Eigentümer von dem Störer die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen.“⁸⁰ Er soll eine Art Abwehr für zukünftige Verletzungen sein, kann aber ebenso vorher, bspw. durch eine einstweilige Verfügung erfolgen.⁸¹ Das Ziel des Unterlassungsanspruches ist es, unwahre Tatsachenbehauptungen zu vermeiden, Äußerungen und Veröffentlichungen zu verbieten.⁸² Es gibt für den Unterlassungsanspruch verschiedene Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen. Um den Unterlassungsanspruch wirkend zu machen, muss eine falsche Tatsachenbehauptung vorangegangen sein.⁸³ Bei einer Meinungsäußerung wird von Fall zu Fall unterschieden, wie diese zu bemessen ist und ob der Geschädigte einen Anspruch auf

⁸⁰ §1004 Abs. 1, BGB - Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch

⁸¹ vgl. Tacke [2009], S. 38

⁸² vgl. Roth [2007], S. 40 und Tacke [2009], S. 39

⁸³ vgl. Damm/Kuner [1991], S. 124

Unterlassung hat. Unterschieden wird laut dem Bundesverfassungsgericht zwischen freier Meinungsäußerung und „Schmähkritik“⁸⁴.

„Eine Meinungsäußerung ist dann als Schmähung anzusehen, wenn sie jenseits auch polemischer und überspitzter Kritik in der Herabsetzung der Person besteht.“⁸⁵

Nur in diesem Falle werden vom Bundesverfassungsgericht Ausnahmen gewährt, da sich anderenfalls der Unterlassungsanspruch nicht mit Art. 5, Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbaren ließe. Laut dieses Gesetzes, verankert im deutschen Grundgesetz, hat jeder Bürger das Recht seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Des Weiteren ist zu beachten, dass der Eingriff in ein geschütztes Rechtsgut vorgenommen wurde, das bedeutet, dass nicht jede unwahre Aussage automatisch einen Unterlassungsanspruch fordert. Der Unterlassungsanspruch wird nur dann gewährt, wenn es einen groben Eingriff in ein geschütztes Rechtsgut gab.⁸⁶ Außerdem muss eine Wiederholungs- und Begehungsgefahr bestehen.⁸⁷

b) Berichtigung

Zusätzlich zum Unterlassungsanspruch gibt es den Berichtigungsanspruch. Dieser soll bei unwahren Behauptungen oder Äußerungen Wiedergutmachung⁸⁸ erzielen. In der Literatur wird zusätzlich der Begriff Widerrufsanspruch verwendet, jedoch wird in dieser Arbeit nur von Berichtigungsanspruch die Rede sein, um Verwechslungen zu vermeiden.

Durch diesen Anspruch sollen sogenannte Folgeschäden beseitigt und unwahre Aussagen berichtigt werden. Wichtig ist hierbei, dass die Berichtigung von der Person geleistet werden muss, die die falsche Behauptung aufstellte.⁸⁹ Im Gegensatz zum Berichtigungsanspruch steht der zuvor erläuterte Unterlassungsanspruch. Der Unterschied besteht darin, dass der Unterlassungsanspruch zukünftig wirken soll, wobei der

⁸⁴ BVerfGE 82, 272 - Postmortale Schmähkritik

⁸⁵ BVerfGE 82, 272 - Postmortale Schmähkritik

⁸⁶ vgl. Damm/ Kuner [1991], S. 125

⁸⁷ vgl. Roth [2007], S. 40

⁸⁸ vgl. Tacke [2009], S. 24

⁸⁹ vgl. Tacke [2009], S. 24

Berichtigungsanspruch sich auf vergangene Rechtswidrigkeiten konzentriert.⁹⁰ Dieser Anspruch ist immer dann gegeben, wenn es sich eindeutig um eine falsche Behauptung handelt und diese an Dritte weitergeben wird.⁹¹

c) Gegendarstellung

Auch der Gegendarstellungsanspruch soll ein Individuum vor „Einwirkungen der Medien auf seine Persönlichkeit“⁹² schützen. Eine Person, über die Unwahrheiten verbreitet wurden, kann sich öffentlich rechtfertigen und die falschen Aussagen korrigieren. Ein Beispiel für einen Fall wäre, wenn eine Zeitschrift einen Artikel druckt, in der unwahre Aussagen über eine bestimmte Person stehen. Nach der Veröffentlichung ist es unmöglich, vom Berichtigungsanspruch Gebrauch zu machen, also den „Widerruf des vollständigen Artikels zu verlangen.“⁹³ Redaktionen gewähren den Betroffenen meist eine Stellungnahme zu den falsch getätigten Aussagen. Bestimmte Teile der Berichterstattung werden durch richtige ersetzt und so falsche Aussagen richtiggestellt.⁹⁴

4.3.2 Materielle Ansprüche

Ist eine „Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes“⁹⁵ durch Unterlassung, Berichtigung oder Gegendarstellung nicht möglich, so steht dem Geschädigten, laut §251 Abs. 1 BGB, ein finanzieller Ausgleich zu. Wie hoch der Schadensersatz im Endeffekt ausfällt, richtet sich grundsätzlich nach §249 BGB - Art und Umfang des Schadensersatzes.

„Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.“⁹⁶ Diese

⁹⁰ vgl. Tacke [2009], S. 25

⁹¹ vgl. Damm /Kuner [1991], S. 141 f.

⁹² Tacke [2009], S. 16

⁹³ vgl. Roepert [2011], S. 238

⁹⁴ vgl. Roepert [2011], S. 241 f.

⁹⁵ Roth [2007], S. 45

⁹⁶ §249, Abs. 1 BGB

Regel ist einfach, wenn Person A den Fernseher von Person B absichtlich zerstört hat. Er muss Person B den Betrag von dem Fernseher ausgleichen, damit der ursprüngliche Zustand, also das Vorhandensein eines funktionierenden Fernsehers wieder hergestellt ist. Verletzt Person A aber die Persönlichkeit von Person B, indem er beispielsweise falsche Tatsachen über ihn verbreitet, ist es schwieriger die Höhe des Schmerzensgeldes zu bemessen und §249, BGB nicht mehr anwendbar. Wie in Kapitel 3 erläutert, geht es bei den Persönlichkeitsverletzungen weniger um den Ausgleich oder Ersatz eines Schadens, sondern vielmehr um die Genugtuung und Kompensation von erlittenen Unannehmlichkeiten oder sogar seelischen Schmerzen.

Voraussetzung für einen Schadensersatz muss immer eine besonders schwere Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts sein.⁹⁷ Unter die schweren Persönlichkeitsverletzungen fallen: Schmähkritik, Werbung, erfundene Äußerungen, ehrenrührige Behauptungen, Verletzungen der Intimsphäre und Privatsphäre und Hartnäckigkeit.⁹⁸

4.4 Bekanntes Fallbeispiel von Persönlichkeitsverletzungen in den Printmedien

Eines der aktuellsten Beispiele für Persönlichkeitsverletzungen in den Medien ist der Fall Kachelmann. Gegen den Wetter- Moderator Jörg Kachelmann wurde 2010 ein Strafverfahren eingeleitet. Seine damalige Geliebte klagte wegen besonders schwerer Vergewaltigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Kachelmann jedoch bestritt alle Vorwürfe der Geliebten und wurde schließlich im Mai 2011, nach vielen Verhandlungen, freigesprochen. Die Geschichte füllte viele Titelseiten bekannter Zeitungen und Zeitschriften und die gesamte Berichterstattung wurde oft kritisiert. Einer der größten Kritikpunkte war, dass Leser in eine bestimmte Richtung gelenkt wurden und sich keine eigene Meinung bilden konnten. Kachelmann wurde von Teilen der Medien schon verurteilt und als schuldig erklärt.⁹⁹

Auf Grund der kontroversen Berichterstattung, insbesondere vom Axel Springer Verlag, forderte Kachelmann Schadensersatz von Bunte und Focus in Höhe von insgesamt 1

⁹⁷ vgl. Roth [2007], S. 46

⁹⁸ vgl. Tacke [2009], S. 70 f.

⁹⁹ Der gesamte Prozessverlauf und Urteile sind auf der Website der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu finden. Eine Beschreibung des gesamten Falles würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Millionen Euro.¹⁰⁰ Es wurden wissentlich falsche Aussagen und Details veröffentlicht. Auch von anderen Zeitungen fordert Kachelmann Entschädigung:

„Als Ausgleich für unwahre und Persönlichkeitsrechte verletzende Berichterstattung [...] forderte der Ex-ARD-Wetterexperte gegenüber Bild und Bild.de 2,25 Millionen Euro Schmerzensgeld.“¹⁰¹

Sein Anwalt Ralf Höcker sprach von dem höchsten eingeklagten Schmerzensgeld, das es in Deutschland jemals für Persönlichkeitsrechtsverletzungen gab. Eine Sprecherin des Landgerichts bestätigte diese Aussage.¹⁰² Einige Verhandlungen laufen noch, mit Bunte und Focus wurde sich außergerichtlich geeinigt.

Ein Experte spricht von 47 Fällen möglicher Persönlichkeitsverletzungen im Falle Kachelmanns. Verletzt wurde eindeutig seine Intimsphäre. Einzelheiten aus seinem Intim- und Sexualleben preisgegeben wurden gegen seinen Willen preisgegeben.¹⁰³ Des Weiteren wurde viel über Kachelmanns Privatsphäre veröffentlicht und über Familienverhältnisse und Aufenthaltsorte berichtet.

Seinen früheren Beruf, Wetter-Mann im Fernsehen, kann er heute nicht mehr ausführen, zu groß ist das öffentliche Interesse, aber auch noch die gesellschaftlichen Zweifel an seiner Unschuld. Durch die Berichterstattung der Medien wurde den Lesern ein völlig verzerrtes Bild von der Schuld oder Unschuld des Angeklagten vermittelt. Dem Leser wurde versucht zu beweisen, dass Kachelmann schuldig ist, obwohl noch kein Gericht ein Urteil gesprochen hat. Durchgesetzt wurde ein Unterlassungsanspruch gegen genau diese Artikel, die Kachelmann schon vor den Gerichtsverhandlungen schuldig sprachen.¹⁰⁴

„Ihm gehe es darum, was seine Kinder später einmal bei Google über ihn lesen würden“¹⁰⁵ Er verlangt, dass die Unwahrheiten aus den Medien verschwinden und sein Freispruch akzeptiert wird. Aber auch dieser Fall wird ein ewiges Streitthema bleiben,

¹⁰⁰ Vgl. Schade [2015], o.S.

¹⁰¹ Schade [2015], o.S.

¹⁰² vgl. o.A. [2015], o.S.

¹⁰³ vgl. Urteil des LG Köln vom 22. Juni 2011, Az. 28 O 956/10

¹⁰⁴ vgl. Urteil des LG Köln vom 22. Juni 2011, Az. 28 O 956/10

¹⁰⁵ Schade [2015], o.S.

ob er wirklich unschuldig ist, aber auch was er selbst der Presse preisgegeben hat und dann von den Medien in den Berichterstattungen gegen ihn verwendet wurde.

5 Das Spannungsverhältnis zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht

5.1 Einführung

Wie schon in den vorherigen Kapiteln festgestellt, stehen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht in erheblicher Konkurrenz zueinander. Beides zu vereinbaren ist besonders für die Medien fast unmöglich. Zunächst wird die Begrifflichkeit Pressefreiheit genauer betrachtet und erläutert, anschließend überlegt, wie sich beides vereinbaren lässt.

5.2 Pressefreiheit

Die Pressefreiheit wird im Gesetz gleichgesetzt mit der Meinungs- und Informationsfreiheit. Artikel 5 des Grundgesetzes:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur finde nicht statt.

Die Pressefreiheit ist ein besonderes Recht für Presse und Rundfunk und erlaubt die Veröffentlichung von Informationen und Meinungen in den Medien. Grundsätzlich darf, nach diesem Artikel des Grundgesetzes, alles veröffentlicht werden, ob in Wort, Schrift oder Bildern. Eine Einschränkung findet dieses Gesetz auch in Art. 5 GG:

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Es darf also alles veröffentlicht werden, solange man dabei nicht gegen eines der allgemeinen Gesetze und damit gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht verstößt. Das klassische Presserecht regelt diese Angelegenheit über das Gesetz der Pressefreiheit hinaus. Das Presserecht beinhaltet beispielsweise die Sorgfaltspflicht und die Impresumspflicht um Personen zu schützen und eine Haftungsgrundlage zu schaffen. Artikel 5 GG beinhaltet einige Begrifflichkeiten, die einer Erläuterung bedürfen. Im Folgenden werden die Begriffe Meinungs- und Informationsfreiheit erklärt.

5.2.1 Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit in Deutschland zielt auf die Freiheit ab, seine eigene Meinung öffentlich verbreiten zu dürfen. Diese Äußerungen dürfen in Wort, Schrift, sowie in allen Medien verbreitet werden. Unter die Meinungsfreiheit fallen jegliche „Werturteile“¹⁰⁶ und jede „Stellungnahme zu einem Sachverhalt.“¹⁰⁷ Diese frei geäußerte Meinung kann sich auf öffentliche oder private Angelegenheiten beziehen, „wertvoll oder wertlos, richtig oder falsch, begründet oder grundlos, emotional oder rational“¹⁰⁸ sein. Begrifflich von der Meinungsäußerung abzusetzen sind die Tatsachenbehauptungen. Bei einer Tatsachenbehauptung kann immer gerichtlich entschieden werden, ob diese Behauptung wahr oder falsch ist.¹⁰⁹ Einer Tatsachenbehauptung fehlen die charakteristischen Merkmale einer freien Meinungsäußerung¹¹⁰, bspw. eine „wertende, einschätzende und subjektive Prägung.“¹¹¹ Die Abgrenzung ist umstritten, da die Definition offen lässt, wie viel einer Tatsachenbehauptung noch unter den Schutzbereich der Meinungsäußerung fällt. Denn Tatsachenbehauptungen fallen aus dem Schutzbereich des Art. 5 GG heraus. Die Meinungsfreiheit im deutschen Recht kann jedoch nicht immer gewährleistet werden. Zu beachten ist, Art. 5 Abs. 2 GG, in dem verankert ist, dass die allgemeinen Gesetze bei der Meinungsfreiheit geachtet werden müssen. Zusätzlich zu den allgemeinen Gesetzen dürfen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre nicht außer Acht gelassen werden.¹¹²

5.2.2 Informationsfreiheit

Die Informationsfreiheit wird in der Politik als „elementares Menschenrecht“¹¹³ bezeichnet. Sie beinhaltet das Recht auf den uneingeschränkten Zugang zu Informationen. Es handelt sich um die Freiheit, sich sämtliche Informationen, die einem relevant erschei-

¹⁰⁶ Roepert [2010], S. 132

¹⁰⁷ Roepert [2010], S. 132

¹⁰⁸ BVerfGE 33, 1 (14)

¹⁰⁹ vgl. Roepert [2010], S. 132

¹¹⁰ vgl. BVerfGE 54, 208 (219)

¹¹¹ Roepert [2010], S. 132

¹¹² vgl. Art. 5 Abs. 2 GG

¹¹³ Reporter ohne Grenzen [2006], o.S.

nen, zu beschaffen.¹¹⁴ Dies soll zu einem freien, transparenten Informationsaustausch zwischen der Gesellschaft, den Medien und der Politik gewährleisten. Informationen können durch den Rundfunk, den Fernseher, das Internet, sowie den Printmedien beschaffen werden. Diese Quellen müssen für jeden Menschen frei zugänglich sein.¹¹⁵

„Kurz gesagt wird von der Informationsfreiheit positiv nicht nur das reine Entgegennehmen aus bereits vorliegenden Informationsträgern, sondern auch das Sich-Verschaffen von Trägern sowie Informationen durch aktives Handeln geschützt.“¹¹⁶

Jedoch sind auch bei der Informationsfreiheit die Schranken des Gesetzes zu beachten. Informationen können entgegengenommen werden, in dem man sie über den Fernseher oder das Radio hört, in einer Zeitung liest oder im Internet findet. Schwieriger wird die Freiheit bei illegal beschafften Informationen, die durch aktives Handeln unerlaubt beschafft wurden. Denn auch bei der Informationsfreiheit gilt ganz klar, dass kein anderes Gesetz missachtet werden darf um sich gewünschte Informationen zu beschaffen.

5.2.3 Zensurverbot

„Eine Zensur findet nicht statt“¹¹⁷ Diesen Satz findet man im deutschen Grundgesetz im Artikel 1. Es geht um die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Das Gesetz verankert hier eine strikte Schranke gegenüber einer Zensur in den Medien.

Zensuren sind der Versuch, Informationen zu kontrollieren. Meist werden die Massenmedien durch den Staat kontrolliert, damit keine unerwünschten oder gegen das Gesetz verstoßenden Inhalte verbreitet werden.¹¹⁸ In Deutschland ist diese Art der Informationsunterdrückung durch das Grundgesetz untersagt.

¹¹⁴ vgl. Datenschutz Hamburg [2010/2011], o.S.

¹¹⁵ vgl. Roepert [2010], S. 136 f.

¹¹⁶ Roepert [2010], S. 138

¹¹⁷ Art. 5 Abs. 1 GG

¹¹⁸ vgl. Duden, Stichwort: Zensur

5.2.4 Rundfunk- und Filmfreiheit

Der Begriff der Rundfunk- und Filmfreiheit stellt für diese Arbeit eine weniger relevante Bedeutung dar, wird jedoch zur Vollständigkeit kurz erwähnt, da es zu den Kommunikationsgrundrechten des Grundgesetzes gehört. Auch die Freiheit des Rundfunks und des Filmes wird durch Abs. 2 eingeschränkt. Zwar darf im Rundfunk und in den Filmen alles gesendet werden, solange es die allgemeinen Gesetze nicht missachtet.

5.3 Stellungnahme zur Vereinbarung von Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht

Theoretisch scheint es unmöglich, die Pressefreiheit mit ihren Bestandteilen mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht zu vereinbaren. Es ist immer so lange erlaubt, bis ein anderes Gesetz nicht gebrochen wird. Durch die Kenntnis der verschiedenen Freiheiten und den Grundgesetzen fällt es schwer zu verstehen, wie die Pressefreiheit und die Anliegen der Persönlichkeitsrechte miteinander vereinbar sind.

"Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben." ¹¹⁹

Es steht außer Frage, dass es für die Gesellschaft, vor allem für jeden einzelnen Bürger wichtig ist, sich ein umfassendes Bild von einem Sachverhalt machen zu können. Um Entscheidungen zu treffen und in der Politik mitentscheiden zu können, muss er verschiedene Meinungen kennen und seine eigene ebenso mitteilen. Aus diesem Grund gibt es die Meinungsfreiheit, sodass jeder seine Meinung verkünden kann und andere Menschen von dieser Meinung Gebrauch machen können. Die Informationsfreiheit gilt in diesem Beispiel dazu, sich ein ganzheitliches Bild machen zu können, sich Informationen auch zu beschaffen und über verschiedenste Kanäle, wie dem Internet, Rundfunk oder den Printmedien alles aufzunehmen, was an Informationen geboten werden. Durch die rasante Entwicklung von den verschiedenen Medien ist auch die Zahl an Verstöße gegen die im Grundgesetz niedergeschriebenen Gesetze stark gestiegen. Die Zahl der Verlage in Deutschland ist enorm hoch, sodass die Verstöße gegen das Grundgesetz erklärbar sind. Wie in jedem gewinnorientiertem Unternehmen geht es überwiegend um den generierten Umsatz. Man muss besser sein als die Kon-

¹¹⁹ BVerfGE 20, 162, 174 f.

kurrenz im Markt um als Unternehmen zu überleben. Die Verstöße resultieren genau aus diesem Punkten. Beispielsweise ein großer Verlag möchte höhere Gewinne erzielen. Durch eine Top-Story verkauft er eine viel höhere Auflage an Zeitschriften oder Zeitungen als die Konkurrenz. Gleichzustellen sind auch Fernsehsender, die hohe Einschaltquoten verzeichnen möchten. Auch dies ist durch besonders informationsreiche Reportagen über bestimmte Fälle möglich. Informationen preisgeben, die vorher kein anderer Sender preisgeben konnte. Informationen, dessen Beschaffung oder Verbreitung vielleicht gegen eines der genannten Gesetze verstößt. Die Programmverantwortung eines Senders ist eine „Gratwanderung“¹²⁰ zwischen Zensur und Freiheit der Berichterstattung. Hier findet eine automatische Kollision mit dem Art. 1 und 2 GG und dem Art. 5 Abs. 2 GG statt.¹²¹

Die einzige Möglichkeit um vor Gericht entscheiden zu können, wer wirklich im Recht ist, ist eine Einzelfallabwägung. Man muss zwischen dem Informationsinteresse der Gesellschaft und dem Persönlichkeitsrecht abwägen. Es gibt unzählige Fälle über die sich Öffentlich gestritten wurde, Fälle die auf den ersten Blick nicht lösbar und die Gesetze nicht anwendbar waren. Beschäftigen sich aber im Endeffekt eine gewisse Anzahl an Personen mit dem Fall, beispielsweise vor Gericht, kann ein Urteil gefällt werden. Ein veranschaulichendes Beispiel, welches das Spannungsverhältnis zwischen Pressefreiheit und dem Persönlichkeitsrechts darstellt, ist die Barschel-Affäre. Die Barschel-Affäre war im Jahre 1987 ein politischer Skandal, ausgelöst durch die Berichterstattung der Medien. Uwe Barschel ist ein ehemaliger Ministerpräsident Schleswig-Holsteins und stand im Jahr 1987 kurz vor den Landtagswahlen. Der Wahlkampf gegen seinen Konkurrenten lief vermutlich nicht rechtens ab und Barschel trat ihm mit „ungewöhnlicher Härte“¹²² gegenüber. Eine Woche vor den Landtagswahlen veröffentlichte der „Spiegel“ Informationen über die umstrittenen Methoden Barschels im Wahlkampf und löste eine große politische Debatte aus. Barschel stritt alle ihm vorgeworfenen Skandale ab, versprach auf einer Pressekonferenz mit den Worten "Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!", dass er unschuldig sei und trat im selben Jahr noch als Ministerpräsident zurück. Neun Tage später wurde er von einem „Stern“-Journalisten tot in der Badewanne in seinem Hotelzimmer aufgefunden. Dieser machte von der Leiche Fotos, die darauf veröffentlicht wurden und um die ganze Welt gingen. Die Todes-

¹²⁰ Glotz [1989], S. 18

¹²¹ vgl. Hübner [1989], S. 10 f.

¹²² Die Welt [o.J.], Die Barschel Affäre, o.S.

ursache ist bis heute nicht geklärt, vermutet wird jedoch ein Mord.¹²³ Bei diesem Fall handelt es sich um zwei kritische journalistische Entscheidungen. Zum einen ist fraglich, ob die Nachricht so veröffentlicht werden musste, dass eine solche Debatte daraus entstand. Alleine die Überschrift des Artikels in dem „Spiegel“ lässt eine zugespitzte, übertriebene Berichterstattung vermuten. „Barschels schmutzige Tricks“¹²⁴ lautete die Titelstory der Zeitschrift. Hier wurden die Leser offensichtlich in eine bestimmte Richtung gelenkt und ihnen wurde keine andere Wahl gelassen, als der Berichterstattung zu glauben, dass Barschel mit schmutzigen Tricks arbeitete. Diese Entscheidung der „Spiegel“ Journalisten muss nachvollziehbar gemacht werden und die Motive offenbart werden, warum sie die Skandale so kurz vor einen Wahlkampf veröffentlichten. Es war abzusehen, dass der Wahlkampf durch eine solche Veröffentlichung stark beeinflusst werden würde. Des Weiteren stand das Schicksal eines Politikers und im Endeffekt einer ganzen Regierung auf dem Spiel.¹²⁵ Im Gewissensbiss dazu standen jedoch die unpolitischen und äußerst dreisten Handlungen Barschels. Sollten diese sich damals als wahr erweisen, würden sie einen der größten Betrüger aufdecken. Somit wurde einer der größten Betrugsskandale in der Geschichte der Bundesrepublik aufgedeckt.¹²⁶ Der „Spiegel“ wurde für diese Berichterstattung nicht angeklagt oder beschuldigt. Dadurch, dass sich alle Angaben als wahr erwiesen haben, wurde die persönliche Ehre Barschels nicht verletzt und das allgemeine Persönlichkeitsrecht nicht angegriffen. Anders wäre dieser Fall wohl ausgegangen, wenn es sich nachweislich um falsche Aussagen des „Spiegel“-Reporters handelte. In diesem Fall hat der Verlag im allgemeinen Interesse der Gesellschaft gehandelt, die Politik wohl vor einem großen Betrüger bewahrt und gilt als „Held“ der Nation. Nicht so eindeutig verhält es sich mit dem „Stern“-Journalisten, der die Fotos von Barschel in seinem Hotelzimmer machte. In erster Linie betrat er damals ein Zimmer, das er nicht betreten durfte. Das Hotelzimmer Barschels war in diesem Moment sein geschützter Rückzugsort. Die Privatsphäre wurde eindeutig verletzt. Der Journalist handelte für den Verlag, für die hohe Anzahl der Auflagen und für die Gewinnbringung einer besonderen Titelstory, so wie sie der „Spiegel“ zuvor rausbrachte. Seine Entscheidung viel für das „Informationsrecht der Bürger“¹²⁷. Der Fall sollte aufgeklärt werden, jeder sollte es er-

¹²³ Der gesamte Barschel-Fall ist auf der Internetseite von „Die Welt“ detailliert dargestellt. Für diese Arbeit wurde der Fall möglichst knapp und präzise rekonstruiert, für tiefgründigere Informationen wird auf die Berichterstattung im Internet verwiesen.

¹²⁴ DER SPIEGEL Nr. 38 [1987], o.S.

¹²⁵ Vgl. Glotz [1989], S. 14

¹²⁶ vgl. Glotz [1989], S. 15

¹²⁷ Glotz [1989], S. 17

fahren. In diesem Gewissenskonflikt entschied sich der Journalist für das Eindringen in Barschels Hotelzimmer, sowie für das Fotografieren der Leiche.

In diesem Fall erkennt man, in welchem Konflikt die Presse gegenüber den Persönlichkeitsrechten steht. Es war sehr riskant von dem „Spiegel“ eine solche Titel-Story zu veröffentlichen, im Endeffekt stellte sich alles vermutete als wahr heraus und der Verlag konnte für das, was er schrieb, nicht verurteilt werden. Über die Verletzung der Persönlichkeitsrechte des „Stern“-Journalisten ist in der Literatur und im Internet bedauerlicherweise keine Entscheidung zu finden. Interessant wäre es gewesen, wie ein Gericht das Handeln des Journalisten beurteilt. Einerseits kann es ein Nachgehen der Informationsinteressen der Gesellschaft sein, die einen Fall auflöst und deswegen das Verletzen der Privatsphäre zu Nichten macht. Andererseits kann, trotz aller Umstände, das Gericht entscheiden, dass der Journalist nicht im Sinne des Presserechts gehandelt hat und sich auf Grund dessen wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts verantworten muss. Auch die Angehörigen Barschels hätten den Journalisten wegen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild verklagen können. Denn in diesem Fall greift das postmortale Persönlichkeitsrecht eines Verstorbenen.

Durch die Beschreibung dieses Falls wurde klar, dass das Spannungsverhältnis zwischen den Menschenrechten und der Pressefreiheit schwer zu lösen ist. Des Weiteren ist es unmöglich, ein allgemein gültiges Gesetz zu entwerfen, das die Persönlichkeitsrechtsverletzungen in den Medien genauestens abdeckt. In jedem Fall muss neu entschieden werden, wer das Recht behält und wer gegen eines der vielen Gesetze verstoßen hat. Es besteht immer eine Kollision zwischen dem informationellen Selbstbestimmungsrecht und dem Informationsinteresse an fremden Daten, Informationen und Geheimnissen. Die Medien gefährden durch die Persönlichkeitsverletzungen die Gesellschaft und sich selbst, indem sie die geschützten Sphären eines Individuums durchleuchten müssen. Denn die Medien Informationsverbreitung sind nur solange erfolgreich, wie die Privatsphäre eines Menschen besteht. Wenn alle Informationen eines jeden Menschen veröffentlicht oder einsehbar wären, hätte keiner Interesse an der Berichterstattung der Medien. Solange aber die Privatsphäre der Menschen besteht, und die Persönlichkeitsrechte nicht übermäßig verletzt werden, kann die heutige Gesellschaft ihr Informationsinteresse bewahren und die Medien eine informationelle Grundversorgung gewährleisten.

6 Internet

55,6 Prozent der Deutschen nutzen täglich die Vorzüge des Internets, das sind rund 1,4 Millionen mehr als im vergangenen Jahr.¹²⁸ Das Internet hat unübersehbar an großer Bedeutung als neues Kommunikationsmittel in unserer heutigen Gesellschaft gewonnen. Seit nun mehr als 20 Jahren, angefangen als kleines Projekt einer Universität zum Verbinden unterschiedlicher Netzwerke¹²⁹, gibt es die Dienste des Internets. Die Zahl der Nutzer wächst stetig, was darauf zurückzuführen ist, dass die Angebote für einen Internetzugang günstiger, die Geschwindigkeit besser und Leitungen ständig ausgebaut werden. Informationen, ob Texte, Bilder, Musik oder sogar Videos können grenzüberschreitend kinderleicht ausgetauscht werden. An jeden Ort der Welt kann durch einen Internetzugang alles recherchiert oder angeschaut werden, E-Mails können abgerufen werden, sogar Zeitungen und Zeitschriften können online aufgerufen werden. Bei den breit gefächerten Angeboten, die das Internet bietet, muss zwischen den unterschiedlichsten Kommunikationsarten unterschieden werden.

6.1 Begriffsdefinition

Zunächst muss der Begriff „Internet“ definiert und erklärt werden. Zusammengesetzt ist das Wort Internet aus Inter = Zwischen und Net = Netz. Es versteht sich daraus, dass es sich um den Austausch von Informationen und Daten „zwischen Computern über Telekommunikationsnetze“¹³⁰ handelt.

6.2 Die Dienste des Internets

Wie zuvor erwähnt, bietet das Internet verschiedenste Dienste, die auf unterschiedlichste Art und Weisen verwendet werden können. Man unterscheidet im Groben zwischen Individualkommunikation, mehrfacher Kommunikation und Massenkommunikation.

Kommunizieren zwei Menschen über das Internet miteinander, spricht man von Individualkommunikation.¹³¹ Der meist genutzte Dienst der Individualkommunikation ist die

¹²⁸ vgl. ARD- ZDF Onlinestudie [2014]

¹²⁹ vgl. Wüllrich [2006], S. 32

¹³⁰ Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Internet

¹³¹ vgl. Roth [2007], S. 9

E-Mail. Man versendet elektronische Briefe an ausgewählte Nutzer, die die Email dann in ihrem E-Mail Postfach im Internet vorfinden können, lesen und beantworten können.¹³² Da diese Kommunikation meist nur zwischen zwei Personen stattfindet, spricht man von Individualkommunikation. Zusätzlich gibt es die mehrfache Kommunikation, bei der nur eine begrenzte Anzahl an Personen miteinander kommuniziert. Dies könnten E-Mail Verteilerdienste, Chatrooms mit begrenzter Personenzahl oder das sogenannte Intranet sein, bei dem nur ausgewählte Nutzer einen Nutzernamen und ein Passwort erhalten und die Inhalte nur nach erfolgreicher Anmeldung zu sehen sind.¹³³

Im Gegensatz zu den oben genannten Formen von Kommunikation im Internet steht die Massenkommunikation. Hierbei handelt es sich um eine „offene Kommunikation einer Vielzahl von Nutzern.“¹³⁴ Der bekannteste und wohl am häufigsten verwendete Dienst des Internets ist das world wide web (www). Das world wide web wird fälschlicherweise als das Internet bezeichnet, wobei es nur einer von vielen möglichen Diensten ist.¹³⁵

„Das WWW koordiniert eine Sammlung von mehreren Einzeldokumenten (sog. Web-Sites) und ist das Bindeglied der einzelnen Dienste.“¹³⁶

Das World Wide Web ist für jeden Menschen mit Internetzugang verfügbar und wird deshalb als Massenkommunikation dargestellt. Dessen Inhalte sind für eine große Masse Menschen sichtbar und man kann sich alle Inhalte anonym anschauen und herunterladen.

6.3 Persönlichkeitsverletzungen im Internet

Durch die steigende Nutzerzahl des Internets steigen auch die Zahlen der Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet. Das Veröffentlichen von eigenen Fotos, von eigenen Standorten und von Details über das eigene Leben, hat durch Facebook, Twitter und andere soziale Netzwerke an Bedeutung gewonnen. Aber genau um diese Details geht es. „Sie bauen darauf auf, dass Internetnutzer die Plattformen mit Inhalten füllen.“¹³⁷ Und zwar sollen die Nutzer die Plattformen mit Inhalten aus ihrem Leben füllen, mit Details über ihre privaten Gedanken und Gefühle, mit Erlebnissen und Erfahrungen, am Besten untermalt mit Fotos zu jeder Situation. Dadurch wird es schwieriger,

¹³² vgl. Wüllrich [2006], S. 55

¹³³ vgl. Roth [2007], S. 10

¹³⁴ Roth [2007], S. 10

¹³⁵ vgl. Roth [2007], S. 10

¹³⁶ Wüllrich [2006], S. 57

¹³⁷ Tacke [2009], S. 107

Persönlichkeitsverletzungen im Internet überhaupt festzustellen, Verantwortliche zu finden und die Anspruchsgegner für Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet zu definieren.

Feststeht, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht im Internet die gleiche Gültigkeit besitzt. Untenstehend werden die Persönlichkeitsverletzungen erläutert, die im Internet am häufigsten auftreten.

6.3.1 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Der Grundgedanke des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist, dass jeder Mensch selbst entscheiden soll, wo und in welchem Ausmaß seine persönlichen Daten veröffentlicht werden.¹³⁸ Man spricht von einer der „jüngsten Ausprägungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts“¹³⁹, die vom Bundesverfassungsgericht im „Volkszählungsurteil“¹⁴⁰ ausgearbeitet wurde. Dort wurde Folgendes erfasst:

„Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.“¹⁴¹

Hierbei geht es um den verantwortungsvollen Umgang mit persönlichen Daten in der heutigen Zeit. Vertrauliche, persönliche Informationen können in Sekunden verbreitet werden und gespeichert werden. Zum Schutz davor gilt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Im Internet wird zwischen zwei groben Verletzungen des Persönlichkeitsrechts unterschieden:

Zwischen unerlaubten Veröffentlichungen von Daten im Internet und der Verletzung durch Cookies.

¹³⁸ vgl. Wurster [2001], Abs. 18

¹³⁹ Wüllrich [2006], S. 111

¹⁴⁰ BverfGE 65, 1 (Volkszählung)

¹⁴¹ BverfGE 65, 1 (Volkszählung)

a) Veröffentlichungen auf Websites

Werden entsprechende Daten ohne das Wissen oder ohne die Zustimmung des Betroffenen veröffentlicht, so spricht man von einer Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.¹⁴² Jedoch unterscheidet man die Veröffentlichungen im Internet rechtlich nicht von unerlaubten Veröffentlichungen in anderen Medien. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht wird in beiden Fällen verletzt und zieht die selben Konsequenzen nach sich.

b) Verletzung durch Cookies

Bei den sogenannten Cookies (engl. = Kekse) handelt es sich um kleine Textdateien, die unbemerkt auf dem Computer eines Nutzers gespeichert werden. Bei jedem weiteren Öffnen werden sie erneut geladen. So werden bestimmte Informationen über das Benutzerverhalten eines jeden Nutzers gespeichert.¹⁴³ Theoretisch kann die Speicherung der Daten blockiert werden, jedoch wissen die wenigsten Nutzer wie dies technisch möglich ist. Gespeichert werden über die Cookies Informationen über den Namen, die Anschrift oder das Geburtsdatum, sowie familiäre Verhältnisse und das Nutzerverhalten im Internet.¹⁴⁴ Laut dem Bundesdatenschutzgesetz dürfen nur so wenig personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden wie nur möglich.¹⁴⁵ Ebenso wie das BDSG regelt das Teledienstedatenschutzgesetz die Verwendung von Cookies. § 3 (1) TDDSG besagt, dass die erhobenen personenbezogenen Daten nur mit Einwilligung des Nutzers oder des Gesetzes für andere Zwecke weiter verwendet werden dürfen. Eine Einschränkung besteht darin, dass der Anbieter versichern muss, dass die erhobenen Daten nicht mit den einzelnen natürlichen oder juristischen Personen in Verbindung gebracht werden könne. In diesem Fall muss der Anbieter den Nutzer nicht über die Speicherung von Cookies informieren.¹⁴⁶ Werden jedoch personenbezogene Daten erhoben, weiterverwendet und lässt sich eine bestimmte Person mit den Daten in Verbindung bringen, so handelt es sich um eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.

¹⁴² vgl. Wurster [2001], Abs. 19

¹⁴³ vgl. Sobiraj [o.J.], o.S.

¹⁴⁴ vgl. Wüllrich [2006], S. 113

¹⁴⁵ vgl. §3 a BDSG - Datenvermeidung und Datensparsamkeit

¹⁴⁶ vgl. § 4, 4 TDDSG – Pflichten des Diensteanbieters

6.3.2 Das Recht der persönlichen Ehre

Unter den Schutz der persönlichen Ehre fallen insbesondere der Schutz des Rufes, des Ansehens und die soziale Geltung in einer Gesellschaft.¹⁴⁷ Das heißt, es dürfen auch im Internet eine unwahren Aussagen gemacht werden. Die Verletzung der persönlichen Ehre kann durch Texte, Berichte, Schmähkritik oder Bildern im Internet veröffentlicht werden. Ein Streitpunkt bei dem Thema persönliche Ehre ist die Abgrenzung von Meinungsäußerungen und Bewertungen. Bei der Bewertung vor Gericht wird dann der Wortlaut, sowie der Kontext berücksichtigt¹⁴⁸ und im Einzelfall entschieden. Zu beachten ist, dass wahre Aussagen nie eine Ehrverletzung darstellen.¹⁴⁹ Eine Ehrverletzung kann im Internet auch durch Dritte erfolgen, wenn diese beispielsweise einen Internet-Link auf ihrer Website platzieren, ohne sich von den Inhalten zu „distanzieren“¹⁵⁰. Um eine Persönlichkeitsverletzung in diesem Fall zu vermeiden, „müsste sich der Dritte etwa dadurch absetzen, dass er auf die Verantwortung des jeweiligen Autors hinweist.“¹⁵¹ Eine Ehrverletzung im Internet wird im Großen und Ganzen nicht spezifisch behandelt und weist keine Unterschiede zu Verletzungen in anderen Medien auf.

6.3.3 Das Recht am eigenen Bild

Das Recht am eigenen Bild wurde in Kapitel 2.3.1 schon erläutert. Aber besonders im Internet ist die Zahl der veröffentlichten Bilder enorm hoch. In der heutigen Zeit ist das Teilen und Veröffentlichen von Fotos mit Freunden in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder Instagram schon ganz normal geworden. Grundsätzlich darf jedoch kein Foto im Internet veröffentlicht werden, ohne dass alle darauf abgebildeten Personen der Veröffentlichung zugestimmt haben. Durch das Internet ist es einfacher geworden, das Recht am eigenen Bild zu verletzen und die veröffentlichten Bilder in kürzester Zeit an eine Vielzahl von Menschen zu verbreiten. Grundsätzlich wird aller-

¹⁴⁷ vgl. Wurster [2001], Abs. 21

¹⁴⁸ vgl. Wüllrich [2006], S. 111

¹⁴⁹ vgl. Wüllrich [2006], S. 111

¹⁵⁰ Wurster [2001], Abs. 21

¹⁵¹ Wurster [2001], Abs. 21

dings auch in diesem Fall eine Verletzung des Rechts am eigenen Bild im Internet nicht anders behandelt als in anderen Medien.¹⁵²

6.4 Voraussetzungen für immaterielle Ansprüche im Internet

Die zuvor herausgearbeiteten Ansprüche und deren Voraussetzungen in den Print-Medien gelten genauso im vollen Umfang für Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet. Eine schwere Persönlichkeitsverletzung, sowie ein fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln und keine Kompensationsalternative müssen die gültigen Voraussetzungen für einen immateriellen Anspruch sein. Allerdings ergeben sich durch das Internet neue, unbekannte Formen der Verbreitung von Informationen. Dadurch stellt sich die Frage, wer bei diesen neuen Rechtsproblemen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts haftet.

6.5 Haftung im Internet

Die Frage, die im Laufe dieser Arbeit aufkam befasst sich mit der Haftung von bestimmten Inhalten im Internet. Bei Veröffentlichungen in den Printmedien ist es kaum schwer, den Verantwortlichen herauszufinden, der bspw. eine persönlichkeitsverletzende Aussage getätigt hat. Durch die Impressumspflicht in den Medien muss immer ein Impressum geführt werden, in dem der Verlag und die Redaktion mit allen verantwortlichen Journalisten und Redakteuren aufgelistet werden.¹⁵³ Verantwortliche sind schnell ausfindig zu machen. Ganz im Gegenteil dazu stehen Berichte, Bewertungen und Beiträge im Internet. Dadurch dass das Internet eine gewisse Anonymität ermöglicht, ist es fast unmöglich, einen verantwortlichen ausfindig zu machen. Dafür gibt es jedoch ein klar definiertes Gesetz, wer wann für welche Inhalte verantwortlich gemacht werden kann. Das Telemediengesetz, kurz TMG, ist für die Haftung von Internetdiensteanbietern verantwortlich. §§ 7 bis 10 TMG regeln genau diese Haftungsgrundlagen, unterschieden zwischen den sogenannten Content Providern und den Access Provider. Die sogenannten Content Provider sind Anbieter, die eigene Informationen auf

¹⁵² vgl. Wurster [2001], Abs. 22

¹⁵³ Bundesministerium der Justiz [2009]

ihren Websites bereithalten. Geregelt wird die Verantwortung in § 7 Abs. 1 TMG.¹⁵⁴ Im Gegensatz dazu stehen die Access Provider, die lediglich für fremde Inhalte den Zugriff vermitteln. Die Regelungen für diesen Fall finden sich in § 8 Abs. 1.

In § 10 TMG wird ganz klar definiert, wann sogenannte Host- oder Serviceprovider nicht verantwortlich sind. Unter Host- oder Service Providern versteht man Dienstanbieter, die nicht eigene Informationen zur Nutzung von Dritten auf ihrer Website speichern. Das Gesetz besagt in diesem Fall, dass sie dafür nicht haften wenn

- 1) sie keine Kenntnis von der rechtswidrigen Handlung oder der Information haben und ihnen im Falle von Schadensersatzansprüchen auch keine Tatsachen oder Umstände bekannt sind, aus denen die rechtswidrige Handlung oder die Information offensichtlich wird, oder
- 2) sie unverzüglich tätig geworden sind, um die Information zu entfernen oder den Zugang zu ihr zu sperren, sobald sie diese Kenntnis erlangt haben.¹⁵⁵

Selbstverständlich gibt es für jeden einzelnen Bereich des Internets, ob es um Foren, Blogs oder Bewertungsportale geht eigene festgelegte Richtlinien und Gesetze. Die Auflistung und Erläuterung jedes einzelnen Gesetzes würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen und die eigentliche Fragestellung nicht beantworten. Für die Fragestellung relevant ist das Wissen, wer für Inhalte einer Website verantwortlich ist und wann ein Anbieter nicht haften muss. Ein Urteil des Landesgerichtes Hamburg lautet, dass beispielsweise Suchmaschinenbetreiber „für persönlichkeitsrechtsverletzende Inhalte von Suchergebnissen“ nur dann haften, „wenn er die verbreiteten Tatsache ausdrücklich behauptet oder sich zu Eigen macht“.¹⁵⁶ In allen anderen Fällen haften die Suchmaschinen-Betreiber nicht für Persönlichkeitsverletzungen im Internet.

¹⁵⁴ vgl. Tacke [2009], S. 110 ff

¹⁵⁵ §10 TMG, Speicherung von Informationen

¹⁵⁶ Landgericht Hamburg, Urteil vom 13.08.2010, Aktenzeichen: 324 O 145/08

7 Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche

7.1 Vergleich Print Medien und Internet

Wenn man Persönlichkeitsverletzungen im Internet vergleicht, fällt auf, dass die grundsätzlichen Verletzungen der Persönlichkeit ähnlich sind. Denn ein Eingriff in die Intim- oder Privatsphäre kann sowohl in den Print Medien, als auch im Internet auftreten. Auch das Recht am eigenen Bild wird durch unerlaubte Veröffentlichung im Internet oder durch den Druck in Zeitungen, Zeitschriften oder Flugblättern verletzt. In den Kapiteln zuvor wurde dargestellt, in welchen Formen Verletzungen der Persönlichkeit sowohl in den Print Medien, als auch im Internet auftreten können. Da sich das Internet immer noch als „neues“ Medium darstellt, sind auch die Erscheinungsformen und Ausprägungen der Persönlichkeitsverletzungen im Internet für die Gesellschaft, aber vor allem für die zuständigen Gerichte neu. Für Fälle in den Print Medien gibt es einige bekannte Fallbeispiele, die eine große Aufmerksamkeit der Presse bekamen und die zu einem großen Streitthema der Rechtswissenschaft wurden.

Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und die Verletzungen der besonderen Rechte gleich behandelt werden. Aus der Erfahrung vieler Fälle und Fallbeispiele kann man feststellen, dass immer der Einzelfall genauestens untersucht werden muss, die Gerichte jedoch nicht differenzieren, ob die Verletzung im Internet, in den Medien oder woanders stattfand. Die Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrecht zieht immer besondere Ansprüche für den Betroffenen nach sich. Die Höhe des Schmerzensgeld bemisst sich nach der Schwere und anderen genannten Faktoren.

Es gibt jedoch einen Unterschied bei Verletzungen im Internet zu Verletzungen in den Medien. Es tritt häufig das Problem auf, einen Gerichtsstand zu finden, der sich für die Persönlichkeitsrechtsverletzung im Internet zuständig sieht. Auf Grund des großen Kreises von Empfänger kann es durchaus vorkommen, dass es sich um eine weltweite Zuständigkeit handelt. Informationen konnten in wenigen Sekunden auf der ganzen Welt verbreitet werden und müssen nicht zwingend in Deutschland ihre Anfänge finden. In den Fällen, wenn die Persönlichkeit einer Person im Internet schwer verletzt wurde, wird laut dem Ubiquitätsgrundsatz¹⁵⁷ der „Tatort“ überprüft. Es muss zwischen

¹⁵⁷ Ubiquitätsgrundsatz = Eine Tat gilt als an jedem Ort begangen, an dem der Täter oder ein Mittäter gehandelt hat, an dem ein Erfolg eingetreten ist oder eintreten sollte.

dem Handlungs- und dem Erfolgsort unterschieden werden. Anschließend ist es einfacher, ein zuständiges Gericht ausfindig zu machen und den Fall bewerten zu lassen. Dennoch lässt sich aus der Literatur entnehmen, dass alle Fälle der Persönlichkeitsrechtsverletzung ähnlich bewertet werden und dass es keine Erhöhung der Schmerzensgeldansprüche bei Delikten im Internet erfolgt. Ein weiterer, wichtiger Unterschied besteht darin, dass im Internet jeder seine Meinung äußern kann und es automatisch eine Vielzahl von Menschen erreicht. Anders als in den Print Medien, bei denen Journalisten für die Verletzung einer Persönlichkeit verantwortlich sind, können im Internet auch Privatpersonen unerlaubt Bilder veröffentlichen, Beleidigungen schreiben und die Ehre der Mitmenschen verletzen.

Um eine gewisse Vorstellung zu bekommen, wie hoch das Schmerzendgeld bei welchen Persönlichkeitsverletzungen ausfällt, wurde im Folgenden eine kleine Auswahl, an Fällen mit der Höhe des Schmerzensgeldes zusammengestellt:

- Die Veröffentlichung von Nacktbildern der schwangeren Nina Hagen im Magazin „Fokus“ im Jahre 2000 wurde mit rund 30.000 DM entschädigt.¹⁵⁸
- 2.500 € Schmerzensgeld für Beleidigung und Schmähkritik über den Arbeitgeber auf Facebook¹⁵⁹

7.2 Eigene Bemessungskriterien für Schmerzensgeldansprüche im Internet

Zwar scheint es in der Rechtsprechung keinen großen Unterschied zwischen Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet und den Print Medien geben, dennoch gibt es einige Kriterien, die zu einer Unterscheidung in der Schmerzensgeldhöhe führen können. Nach einer intensiven und ausführlichen Recherche müssen folgende Bemessungskriterien bei der Festlegung der Höhe von Schmerzensgeld berücksichtigt werden:

¹⁵⁸ Vgl. Landgericht Berlin, Urteil vom 21.12.2000, Az.: 27 O 533/00

¹⁵⁹ vgl. Wolf [2013], o.S.

7.2.1 Reichweite

Angesichts der Tatsache, dass das Internet eine viel größere Reichweite an Empfängern ausmacht, sollte über eine generell höhere Entschädigung in diesem Fall nachgedacht werden. Um dies zu begründen, muss noch einmal ein Blick auf die tatbestandlich-tatbestandlichen Voraussetzungen für Schmerzensgelder geworfen werden. Anhand dieser Voraussetzungen wird die Höhe des Schmerzensgeldes letztendlich bemessen. Eine genannte Voraussetzung war die Art des Verschuldens. Es muss zwischen vorsätzlichem oder fahrlässigen Handeln unterschieden. Wenn eine Person eine Beleidigung oder ein Foto unerlaubt im Internet veröffentlicht, handelt es sich eindeutig um eine vorsätzliche Verbreitung unerlaubter Inhalte. Auf Grund der schnellen Verbreitungsrate kann sich derjenige, der den Inhalt veröffentlicht hat, sicher sein, dass dies in relativ kurzer Zeit von einer großen Menge an Menschen im Internet gesehen, kommentiert, verbreitet und heruntergeladen wird. Das Verschulden muss in dem Falle einer Veröffentlichung im Internet höher bemessen werden, als das Verschulden in den Print Medien. Statistisch gesehen erreicht eine Zeitung, beispielsweise die „Bild“-Zeitung rund 11,32 Millionen Leser täglich.¹⁶⁰ Jedoch erreicht eine deutschsprachige Zeitung auch nur deutsche Leser. Anders verhält es sich jedoch auf Facebook. Facebook verzeichnet momentan rund 936 Millionen aktive Nutzer am Tag, die sich auf der ganzen Welt verteilen.¹⁶¹ Jeder der schon einmal Facebook oder andere soziale Netzwerke ausprobiert hat, weiß welche Inhalte und Fotos man aus aller Welt über Freunde von Freunden von Freunden zu sehen bekommt.

7.2.2 Motive

Zusätzlich zu dem Verschulden müssen die Motive im Internet betrachtet werden. Bei den Veröffentlichungen in den Print-Medien sind die Motive klar zu erkennen. Durch die Veröffentlichung einer interessanten Geschichte oder peinlicher Fotos werden mehr Auflagen verkauft und der Gewinn des Unternehmens erhöht sich. Anders verhält sich eine veröffentlichte Beleidigung oder eine falsche Tatsachenbehauptung bei Privatpersonen. Hier geht es nicht um einen höheren Gewinn, sondern rein um die Tatsache jemandem Schaden hinzuzufügen, jemanden bloß zu stellen oder andere Menschen gegen jemanden aufzuhetzen. In der Rechtsprechung sollte es vermehrt um die Frage der Motive gehen um die Höhe des Schmerzensgeldes zu ermitteln. Möchte eine Per-

¹⁶⁰ Dies ergab sich aus einer Studie der Axel Springer Media Impact GmbH & Co. KG

¹⁶¹ vgl. Roth [2015], o.S.

son einer Anderen bewusst seelischen Schmerz hinzufügen, wovon man bei Veröffentlichungen im Internet ausgehen kann, so muss der Schmerzensgeldanspruch automatisch höher bemessen werden.

7.2.3 Möglichkeiten

Da auch die Möglichkeiten der Persönlichkeitsverletzungen im Internet immens hoch sind, sollten auch die Ansprüche des Schmerzensgeldes höher ausfallen. In den Printmedien sind die bekanntesten Fälle die Veröffentlichung von Paparazzi-Fotos, unerlaubte Tatsachenbehauptungen, Verletzung der Ehre oder des Namensrechtes. Im Internet gibt es zusätzlich die Möglichkeit von Fake-Profilen, Stalking und Rufschädigung auf Bewertungsportalen, die weitaus schlimmere Konsequenzen hervorrufen können.

7.2.4 „Das Internet vergisst nie“

Den Satz „Das Internet vergisst nie“ haben viele Menschen schon gehört, können damit aber wenig anfangen. Gemeint ist, dass trotz der Löschung bestimmter Inhalte genau diese Inhalte nach Jahren wieder auftauchen können. Grund dafür ist, dass das Internet jedes noch so kleine Detail oder Foto, das jemals im Internet preisgegeben wurde für die Ewigkeit besteht.¹⁶² Selbst Facebook speichert auf riesigen Servern jede noch so kleine „Gefällt-Mir-Angabe“, jedes verlinkte peinliche Partyfoto und jede Äußerung, die je auf Facebook getippt wurde.¹⁶³ Wurde also ein Gerücht über eine Person im Internet veröffentlicht, kann es sein, dass die betroffene Person auch in zehn Jahren noch mit dem Gerücht zu kämpfen hat. Ein Kollege „googelt“¹⁶⁴ beispielsweise ihren Namen, weil er ihre Telefonnummer über die Internetseite eines Telefonbuchs herausfinden möchte und gelangt durch Zufall auf peinliche, längst vernichtet vermutete Partyfotos, Gerüchte oder Behauptungen. Unwahre Tatsachenbehauptungen und veröffentlichte Fotos im Internet sollten vor dem Gesetz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts anders bemessen werden. Es ist einfacher nach Jahren zufällig auf Fotos

¹⁶² vgl. Die Zeit Online [2011], ZEIT Wissen Nr. 05/2011

¹⁶³ vgl. Die Welt Online [2013], o.S.

¹⁶⁴ googeln = das Verb für : etwas bei Google eingeben um zu suchen

oder Behauptungen im Internet zu stoßen, als zufällig einen Artikel oder ein Foto einer 20 Jahre alten Zeitung zu entdecken.

7.3 Lösungsansatz

Um einen angemessenen Lösungsansatz zu entwickeln, müssen alle genannten Voraussetzungen, Entscheidungen und das gesammelte Wissen kombiniert werden. Die Frage besteht darin, ob vor Gericht eine solch differenzierte Untersuchung eines Falls angewendet werden würden. Um aber festzustellen, ob eine Entschädigung generell höher zu bemessen ist, muss ein Einzelfall in die verschiedenen Bestandteile überprüft und analysiert werden. Erst dann kann man eine angemessene Höhe der Entschädigung feststellen. Eine logische Konsequenz aus diesem Verfahren ist dann, dass Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet höher entschädigt werden müssen als solche in den Print-Medien. Die Bestandteile, die in einem Fall zu berücksichtigen sind, wurden in Kapitel 7.2 erarbeitet. In einem Fall muss überprüft werden, welche Reichweite die Veröffentlichung hatte, wie viele Internetuser die Veröffentlichung erreichte und ob es sich sogar um eine Grenzüberschreitung handelte. Der zweite Punkt, der überprüft werden muss, sind die Möglichkeiten, die derjenige in Anspruch nahm. Hier muss hinterfragt werden ob es nur einer der Möglichkeiten verwendete oder sogar über mehrere Kanäle und Medien handelte. Zu beachten ist zusätzlich, dass Veröffentlichungen im Internet nie vollkommen gelöscht werden und bestimmte Details auch Jahre später noch auftauchen können. Bei diesem Punkt muss es bei der Bemessung einen pauschalen Aufschlag auf das Schmerzensgeld geben, damit der Unterschied zwischen Print-Medien und dem Internet bewahrt und respektiert wird. Des Weiteren sollte in einer Gerichtsentscheidung zwingend nach dem Motiv der Veröffentlichung gesucht werden. Dies kann beispielsweise ein vorsätzlich hervorgerufener Schaden oder fahrlässiges Handeln sein.

Fakt ist, dass in den nächsten Jahren eine angemessene Lösung für diese Probleme gefunden werden müssen. Das Thema gewinnt täglich an Aktualität und an Bedeutung. Angesichts der Tatsache, dass Privatpersonen, sogar Kinder und Jugendliche, auf einfachste Art und Weise andere Personen öffentlich beleidigen und mobben können, fehlt es den Gerichten an gesetzlichen Grundlagen. Das Hauptproblem besteht darin, dass nirgendwo festgeschrieben steht, welche Ansprüche ein Betroffener erhält, in welcher Höhe sich das Schmerzensgeld bewegt und wo der Unterschied zwischen dem Internet und den Print-Medien ist. Zur Zeit wird jeder Fall einzeln entschieden, abhängig von der Schwere der Persönlichkeitsverletzung und dem Verschulden des Täters. Liegt den Gerichten aber eine Tabelle vor, mit welchen Vorgaben sie die Einzelfälle unterscheiden sollen, welche Angaben wichtig sind und wie man zwischen Fällen des Internets und Fällen der Print-Medien unterscheidet, gäbe es eine allgemeine

Lösung und allgemeine Urteile. Mit mehr Transparenz, welche Folgen Beleidigungen im Internet überhaupt haben können, schreckt man Menschen ab und bewegt sie dazu, zweimal über eine Veröffentlichung im Internet nachzudenken.

8 Schlussbetrachtung

8.1 Fazit

Die genauere Betrachtung der allgemeinen und besonderen Persönlichkeitsrechte zeigt, dass diese besonders viel Schutz benötigen. Bei einer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wird in den meisten Fällen Schmerzensgeld gezahlt. Schmerzensgeld hat in erster Linie eine Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion. Die Zahlung von Schmerzensgeld ist jedoch an gewisse Voraussetzungen gebunden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist eine besonders schwerwiegende Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Da man nicht pauschal für alle Fälle entscheiden kann, wann es sich um eine besonderes schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung handelt, muss von Einzelfall zu Einzelfall neu entschieden werden.

Verletzungen in den Medien sind weit verbreitet. Eine Zeitung druckt ein Paparazzi Foto von einem Urlaub eines Prominenten auf die Titelseite. Der Prominente kann den Verlag nun auf Schmerzensgeld verklagen, werden bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Eine Besonderheit bei Persönlichkeitsverletzungen in den Medien sind die immateriellen Ansprüche, die neben der Zahlung von Schmerzensgeld auch noch andere Ansprüche darstellen. Ein Betroffener kann von einem Verlag auch den Berichtigungs-, Unterlassungs- und Gegendarstellungsanspruch geltend machen. Es besteht immer ein Spannungs- und Streitverhältnis zwischen den Medien und dem Persönlichkeitsrecht. Beide Interessen stehen sich grundlegend im Weg und beeinträchtigen sich gegenseitig. Durch die Arbeit wurde jedoch auch herausgearbeitet, dass die Medien von den allgemeinen Persönlichkeitsrechten abhängig sind. Ohne den Schutz dieser Rechtsgüter würde alles über jeden Menschen preisgegeben werden und die Medien würden an Bedeutung als Informationsquellen verlieren.

Bei Persönlichkeitsverletzungen im Internet gelten die gleichen Voraussetzungen und Ansprüche wie bei Verletzungen in den Print-Medien. Das Internet jedoch bietet viel mehr Möglichkeiten, den Schutz der Persönlichkeit zu umgehen und zu verletzen. Durch das Internet können auch Privatpersonen öffentlich Meinungen äußern, Beiträge kommentieren und Fotos veröffentlichen. Den meisten ist wohl nicht bewusst, welche Konsequenzen zum einen für sie auftreten können. Zum Anderen sind die Konsequenzen und Folgen für das Opfer viel höher, da Beiträge im Internet in sekundschnelle verbreitet werden können und auch nach Jahren noch nicht vernichtet sind.

Am Ende der Arbeit wurde ein Lösungsansatz herausgearbeitet, wie am besten mit Persönlichkeitsverletzungen im Internet umgegangen werden soll. Es ist fraglich, ob es richtig ist, dass Persönlichkeitsverletzungen im Internet die gleichen Ansprüche wie bei

Verletzungen in den Medien nach sich ziehen. Wichtige Kriterien, warum Schmerzensgelder im Internet höher zu bemessen sind, sind beispielsweise die höhere Reichweite der Empfänger, die Möglichkeiten und die Motive.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Fragestellung für Verletzungen im Internet beantwortet wurde, indem Kriterien für die Bemessung der Schwere der Persönlichkeitsverletzung und zur Bemessung der Höhe der Schmerzensgeldansprüche herausgearbeitet wurden.

8.2 Ausblick

Ein Ende der Persönlichkeitsverletzungen, besonders im Internet ist nicht in Sicht. Es ist also umso wichtiger, neue Gesetze für den Schutz im Internet zu entwickeln und die Jugend über die Nutzung im Internet besser aufklären. Die meisten Jugendlichen, die das Internet benutzen, wissen vermutlich nicht, was Lästereien und Mobbing im Internet für Folgen haben können. Durch Aufklärung und Erklärung der allgemeinen Persönlichkeitsrechte kann eine Minimierung der Fälle erfolgen. Des Weiteren ist es von besonderer Bedeutung, dass sich Internetbetreiber, besonders Facebook und Co., mit dem Thema Datenschutz und Persönlichkeitsschutz auseinandersetzen und Lösungsansätze für ihre Websites finden. Rechtliche Entscheidungen sollten weiterhin immer für jeden Einzelfall gefällt und durch die Bemessungskriterien unterschieden werden.

Literaturverzeichnis

BRÖMMEKAMP, B. [1996]

Die Pressefreiheit und ihre Grenzen in England und der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Darstellung in verfassungsrechtlicher, zivilrechtlicher,, strafrechtlicher und tatsächlicher Hinsicht, Hamburg Univ., Dissertation, 1996

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Stichwort Namensrecht, verfügbar unter : <http://www.familienwegweiser.de/wegweiser/stichwortverzeichnis,did=93652.html> (07.05.2015)

BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ [2009]

Leitfaden zur Impressumspflicht, PDF verfügbar unter:
http://www.bmj.de/DE/Service/StatistikenFachinformationenPublikationen/Fachinformationen/LeitfadenzurImpressumspflicht/_node.html (20.06.2015)

DAMM R. / KUNER W. [1991]

Widerruf, Unterlassung und Schadensersatz in Presse und Rundfunk, Hamburg/München 1991

DATENSCHUTZ-HAMBURG [2010/2001]

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Grundlagen der Informationsfreiheit, verfügbar unter: <https://www.datenschutz-hamburg.de/news/detail/article/2-grundlagen-der-informationsfreiheit-taetigkeitsbericht-informationsfreiheit-20102011.html> (20.06.2015)

DEUTSCH; E. [1993]

Unerlaubte Handlungen, Schadensersatz und Schmerzensgeld, 2. Aufl., Köln/Berlin/Bonn/München 1993

DIE BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DATENSCHUTZ UND INFORMATIONSFREIHEIT

verfügbar unter : http://www.bfdi.bund.de/DE/Home/home_node.html (01.06.2015)

DIE FREIE JURISTISCHE DATENBANK

verfügbar unter : <https://openjur.de/u/193972.html> (20.05.2015)

HELLE, J. [1991]

Besondere Persönlichkeitsechte im Privatrecht: das Recht am eigenen Bild, das Recht am gesprochenen Wort und der Schutz des geschriebenen Wortes, Tübingen 1991

HÖNING, N. [2012]

Das Recht am eigenen Bild und der Schutz prominenter Persönlichkeiten im deutschen und US-amerikanischen Recht, Hamburg 2012

HÜBNER H. /GLOTZ P./POHL.O/HENNEBERG C./TERCIER P./KÖTZ H./SCHACK H

Das Persönlichkeitsrecht im Spannungsfeld zwischen Informationsauftrag und Menschenwürde: Vortragsveranstaltung vom 6. Und 7. Mai 1988, Köln 1988

KAISER, T. [2013]

Die Welt Online, Facebook speichert auch, was Nutzer nicht posten, verfügbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article122988638/Facebook-speichert-auch-was-Nutzer-nicht-posten.html> (22.06.2015)

KAY, T. [2003]

Medienlexikon, verfügbar unter: <http://www.medienlexikon.com> (08.06.2015)

LAHUSEN, N. [2004]

Inhalt und Schranken der Pressefreiheit. Die rechtliche Problematik des Gratisvertriebs von Tageszeitungen, Hamburg 2004

LORENZ E. [1981]

Immaterieller Schaden und „billige Entschädigung in Geld“. Eine Untersuchung auf der Grundlage des § 847 BGB, Berlin 1981

MAIER, G. [1968]

Schmerzensgel wegen Persönlichkeitsverletzungen trotz Unversehrtheit des geschützten Rechtsguts, Tübingen 1986

MALETZKE, G. [1988]

Massenkommunikationstheorien, Niemeyer 1988

Medienrecht. Eine Untersuchung der medienspezifisch vorzufindenden Rechtsgutsverletzungen unter kompensatorischen Gesichtspunkte, Hamburg 2013

MEYER-TIMPE, U. [2011]

Die Zeit Online, Das Internet vergisst nichts, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2011/05/Internet-Daten-Ewigkeit> (22.06.2015)

o.A. [2009]

Berliner Morgenpost, Artikel vom 30.04.2009, verfügbar unter:

<http://www.morgenpost.de/berlin/article104098111/Rechtsstreit-um-Kinskis-Krankenakte-beendet.html> (14.06.2015)

o.A. [2011]

Frankfurter Allgemeine Zeitung , Chronologie: Der Fall Kachelmann, verfügbar unter:
<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/chronologie-der-fall-kachelmann-1641661.html>
(15.06.2015)

o.A. [2015]

Jörg Kachelmann will Rekord Schmerzensgeld, verfügbar unter:
<http://www.sueddeutsche.de/medien/prozess-in-koeln-joerg-kachelmann-will-rekord-schmerzensgeld-1.2367753> (15.06.2015)

o.A[1987]

Der Spiegel, Barschels schmutzige Tricks, Ausgabe Nr. 38, Titelseite verfügbar unter:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21113695.html> (20.06.2015)

o.V [2003]

Juraforum. Lexikon, verfügbar unter : <http://www.juraforum.de/lexikon/schadensersatz>
(06.06.2015)

o.V. [2010]

Grundrechtenschutz, Ihre Grundrechte in Deutschland und Europa, Stichwort: Allgemeines Persönlichkeitsrecht, verfügbar unter:
<http://www.grundrechtenschutz.de/allgemein/allgemeines-personlichkeitsrecht-260>
(15.05.2015)

o.V. [2014]

Rechtslexikon, Stichwort: Gewohnheitsrecht, verfügbar unter:
<http://www.rechtslexikon.net/d/gewohnheitsrecht/gewohnheitsrecht.htm> (04.05.2015)

REPORTER OHNE GRENZEN [2006]

Reporter ohne Grenzen, Für Informationsfreiheit; ROG fordert Gespräche über Informationsfreiheit, verfügbar unter: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/china/alle-meldungen/meldung/wen-jiabao-in-deutschland-rog-fordert-gespraeche-ueber-informationsfreiheit/> (20.06.2015)

ROEPERT, J. [2010]

ROTH, I. [2007]

Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet, Frankfurt am Main 2007

ROTH, P. [2015]

Facebook 2015: Offizielle Nutzer- und Umsatzzahlen aus dem Börsenbericht Q1/2015, verfügbar unter: <http://allfacebook.de/news/facebook-zahlen-2015> (22.06.2015)

SCHADE, M. [2015]

Millionen-Klage: Kachelmann und Burda schließen Vergleich, verfügbar unter: <http://meedia.de/2015/05/21/millionen-klage-kachelmann-und-burda-schliessen-vergleich/> (15.06.2015)

SCHLOTTFELD, C. [2002]

Die Verwertung rechtswidrig beschaffener Informationen durch Presse und Rundfunk, Univ. Bonn, Dissertation, 2002

SKRZIPEK, K. [2005]

Urheberpersönlichkeitsrecht und Vorfrage, Baden Baden 2005

SOBIRAJ, L. [o.J]

Was sind Cookies? Onlinefacts, verfügbar unter : http://www.onlinefacts.de/Was_sind_Cookies (17.06.2015)

SÖLYOM, L. [1984]

Die Persönlichkeitsrechte. Eine vergleichend-historische Studie über ihre Grundlagen, Köln /Budapest 1984

STROTHMANN, P. [2004]

beck.de Zeitschriften, EGMR: Entscheidung im Fall Caroline von Hannover gegen Deutschland, verfügbar unter : <http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200409&docid=125998>

TACKE S. [2009]

Medienpersönlichkeitsrecht. Das System der Rechtsfolgen von Persönlichkeitsverletzungen durch Massenmedien, Band 49, Hamburg 2009

TRAUTMANN, A. [2005]

Law-Blog, Fotorecht-Spezial Teil 11: Fotos ohne Einwilligung; Personen der Zeitgeschichte, verfügbar unter: <http://www.law-blog.de/229/personen-der-zeitgeschichte/> (10.05.2015)

WACHS A. [2007]

Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, Hamburg 2007

WOLF, C. [2013]

Urteil: 2.500 Euro Schmerzensgeld für Beleidigung auf Facebook, verfügbar unter: <http://www.onlinekosten.de/news/artikel/51675/0/Urteil-2-500-Euro-Schmerzensgeld-fuer-Beleidigung-auf-Facebook> (22.06.2015)

WÜLLRICH, P. [2005]

Das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen im Internet. Das Persönlichkeitsrecht in Deutschland unter Berücksichtigung des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht sowie der nationalen Haftungsvorschriften, Universität Bielefeld, Dissertation, 2005

WURSTER, B. [2001]

Persönlichkeitsrechtsverletzung im Internet, JurPC Web. Dok. 249/2001, verfügbar unter: <http://www.jurpc.de/jurpc/show?id=20010249> (17.06.2015)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Solingen, 23.06.2015

Svenja Dick